



ONE Bericht



VERANTWORTUNG FÜR LANDWIRTSCHAFT

Halten die Geber ihre L'Aquila-Versprechen?













ONE ist eine Lobby- und Kampagnenorganisation zur Bekämpfung von extremer Armut und vermeidbaren Krankheiten – insbesondere in Afrika. Mit Öffentlichkeitsarbeit und im Dialog mit politischen Entscheidern setzen wir uns für kluge und effektive Politikansätze und Programme ein, die Leben retten, armen Kindern eine Schulbildung ermöglichen und Zukunftsperspektiven verbessern. 2,5 Millionen Menschen unterstützen diese Arbeit mit ihrer Stimme.

ONE arbeitet überparteilich und steht im engen Austausch mit afrikanischen Aktivisten und Entscheidern.

www.ONE.org

INHALTSVERZEICHNIS

Zusammenfassung	4–6	
Praxisbericht: A Tale Of Two Farmers	7–8	
Einführung	9–10	
Teil 1: Geschichte der Entwicklungsfinanzierung für Landwirtschaft und die Zusage von L'Aquila	11–12	
Teil 2: Die Verpflichtungen im Detail	13–15	
Teil 3: Die Ergebnisse	16–18	
Teil 4: Länderberichte	19–35	
Teil 5: Transparenz und Rechenschaftspflicht	36	
Teil 6: Ausblick	37–39	
Schlussfolgerungen und Empfehlungen	40	

ZUSAMMENFASSUNG

Intelligente Investitionen in Landwirtschaft sind die Basis für Armutsbekämpfung in agrarisch geprägten Entwicklungsländern. Sie können eine nachhaltige Erwerbsgrundlage und den Zugang zu erschwinglichen Lebensmitteln schaffen. Leider wurde in den vergangenen Jahrzehnten zu wenig in die ländliche Entwicklung der von Kleinbauern geprägten Regionen investiert – zum Nachteil der Bauern. Im Vorfeld der Nahrungsmittelkrise 2007–2008 verdreifachte sich der Preis für Mais. Die Preise für Reis und Weizen stiegen auf fast das Doppelte, was Millionen von Menschen in Armut stürzte. Besonders betroffen von den hohen Nahrungsmittelpreisen sind Menschen, die in Entwicklungsländern am Existenzminimum leben, weil sie im Schnitt 60 bis 80 Prozent ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben. Auch wenn die Preise nach der globalen Finanzkrise etwas sanken, wurden die Ursachen für den explosionsartigen Preisanstieg vor drei Jahren nicht beseitigt. Dieselben Ursachen lassen die Preise bereits wieder steigen und stark schwanken.

Nach mehr als zwei Jahrzehnten der Vernachlässigung dieses Politikfeldes reagierten die Geber auf den Weckruf der Nahrungsmittelkrise 2007–2008. Auf dem G8-Gipfel von L'Aquila im Jahr 2009 verpflichteten sich die G8 und fünf weitere Geberländer, 22 Milliarden US-Dollar für die Finanzierung der Landwirtschaft und der Ernährungssicherheit bereitzustellen. 6 Milliarden davon waren zusätzlich zugesagtes Geld. Außerdem versprachen sie Folgendes: (1) Bereitstellung der Mittel innerhalb von drei Jahren, (2) Einigung auf eine Reihe von Grundsätzen bezüglich der Verwendung dieser Mittel und (3) Gewährleistung von Transparenz und Rechenschaftslegung im Hinblick auf die Verpflichtungen. 27 Länder und 15 internationale Organisationen unterzeichneten auf dem Gipfel eine gemeinsame Erklärung, die den Grundstein für die L'Aquila Food Security Initiative (AFSI) legte.

Vier Monate nach dem Gipfel von L'Aquila, auf dem Welternährungsgipfel von Rom, einigten sich die G8 und andere Geber auf die „Rom-Prinzipien“: Investitionen in länderspezifische Projekte, strategische Koordination, ein ganzheitliches Konzept, Stärkung und Finanzierung multilateraler Instrumente sowie nachhaltiges Engagement. Zudem gingen die Geber zur Sicherstellung der Wirksamkeit der Investitionen in die Landwirtschaft und die Ernährungssicherheit weitere wichtige Verpflichtungen ein: Fokussierung auf Frauen sowie Umweltverträglichkeit und Transparenz. Kurz darauf errechneten die USA

die möglichen Erfolge der AFSI: Für 40 Millionen arme Bauernfamilien, die mehrheitlich von weniger als 2 US-Dollar pro Tag leben, ließen sich die Einkommen um 250 Prozent steigern.

Die gefährdete Versorgung mit Nahrungsmitteln ist eine globale Herausforderung, die ein breit gefächertes Spektrum an Maßnahmen erfordert: Sie erfordert die Unterstützung der G20-Mitglieder, die den Schwellenländern zuzurechnen sind, und vor allem den politischen Willen sowie finanzielle Mittel in den Entwicklungsländern selbst. Dennoch bleibt absolut entscheidend, dass die traditionellen Geberländer sich weiterhin berechenbar verhalten und mit gutem Beispiel vorangehen, um beispielsweise andere Akteure stärker zu fordern.

Für diesen Bericht untersuchten wir – aufgeschlüsselt nach den einzelnen Prinzipien und Ländern – die Fortschritte bei der Einhaltung der finanziellen sowie der sonstigen AFSI-Verpflichtungen. Wir konzentrierten uns dabei auf die G7 und die Europäische Kommission (EC). Bei den Recherchen stellte ONE fest, dass die Geber unter dem Strich hinter ihrer Verpflichtung zurückliegen, 22 Milliarden US-Dollar bis zum Ende des Jahres 2012 zu mobilisieren. Ferner stellten wir fest, dass teils der politische Wille und das Engagement fehlen, um wirklich etwas für die Beseitigung von Armut und chronischem Hunger zu tun. Im Rahmen der AFSI vereinbarten die Geber weder eine durchgängige, jahresbezogene

Umsetzung der Verpflichtungen noch ein einheitliches System für die Überwachung der Fortschritte. Die meisten Geber sagten beispielsweise zu, die finanziellen Fortschritte an den tatsächlichen Zahlungen zu messen. Die USA, Deutschland und Japan legten hingegen für sich fest, dass ihre Zusagen an bewilligten Mitteln oder Verpflichtungen gemessen werden. Die meisten Geber sind bemüht, die Verpflichtungen umzusetzen. Dieser Bericht zeigt jedoch, dass es noch großes Verbesserungspotenzial gibt.

DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE

Bis dato haben die L'Aquila-Geber insgesamt lediglich 22 Prozent ihrer finanziellen Zusagen ausgezahlt. Die meisten von ihnen haben zudem nicht erklärt, wie sie den zugesagten Gesamtbetrag erreichen wollen. Die in diesem Bericht gesondert untersuchten Geber (die G7 und die EU-Kommission) haben angegeben, Zahlungen in Höhe von 2,5 Milliarden US-Dollar geleistet zu haben. Das sind 11 Prozent der gesamten AFSI-Zusage. Die untersuchten Geber sind insgesamt aber für 84 Prozent der Gesamtzusagen verantwortlich.

Die untersuchten Staaten lassen sich in drei Gruppen einteilen. Kanada und Italien veranlassten bereits die Zahlung von mehr als zwei Drittel der zugesagten Mittel. Frankreich, das Vereinigte Königreich und die USA liegen deutlich hinter ihren Zusagen. Nach zwei Jahren des Zusagezeitraums sind bisher nur 28 Prozent (F), 30 Prozent (UK) bzw. 2 Prozent (USA) der zugesagten Mittel geflossen.¹ Der Stand in Deutschland, Japan und der Europäischen Kommission lässt sich nur schwer beurteilen, weil diese Länder aus verschiedenen Gründen noch keine Auszahlungen gemeldet haben.² Insgesamt machen die Geber Fortschritte, liegen jedoch mit der Umsetzung ihrer Verpflichtungen innerhalb der drei vorgesehenen Jahre im Rückstand.

Trotz einiger Fortschritte müssen die Geberländer in allen Bereichen erheblich zulegen, wenn sie die Rom-Prinzipien und die Schlüsselverpflichtungen einhalten wollen. Aus den nach den einzelnen Prinzipien und Ländern aufgeschlüsselten Analysen zieht ONE folgende Schlüsse:

1. Die meisten Geber vernachlässigen die Investitionen in Strategien der Partnerländer, ihre Zusage, das Comprehensive Africa Agriculture Development Programme (CAADP) zu unterstützen, ist jedoch ein erster wegweisender Schritt.

2. Auch wenn jeder der acht untersuchten Geber Mitglied oder Gründer von mindestens zwei der fünf wichtigsten, in der AFSI-Abschlussklärung genannten Koordinationsinstrumente ist, besteht bezüglich der strategischen Koordinierung auf regionaler und nationaler Ebene noch erheblicher Nachholbedarf.

3. Es ist Fortschritt bei der Umsetzung eines umfassenden, zweigleisigen Ansatzes zur Verbesserung der Ernährungssicherheit zu verzeichnen – insbesondere bezüglich der Ursachen der Nahrungsmittelkrise. Besonders ist hier hervorzuheben, dass Frankreich die Frage der schwankenden Nahrungsmittelpreise und der Ernährungssicherheit zu einem Thema der französischen G8- und G20-Präsidentschaften 2011 gemacht hat.

4. Mit Ausnahme der britischen Bewertung multilateraler Organisationen („Multilateral Aid Review“) und der Reform der Consultative Group on International Agricultural Research (CGIAR) haben die Geber keine konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Wirksamkeit der mit der Ernährungssicherheit befassten multilateralen Organisationen gemeldet. Nur Kanada und die USA stellten Mittel für das Global Agriculture and Food Security Programme (GAFSP) bereit, das Finanzierungslücken schließen soll.

5. Die USA haben eine Fünfjahresinitiative ins Leben gerufen und ihre bürokratische Struktur geändert, um ihren Fokus auf Ernährungssicherheit langfristig sicherzustellen. Bei keinem anderen Geber gibt es Zusagen oder Strategieänderungen über den ersten Dreijahreszeitraum hinaus. Die kanadischen Ausgaben sind bereits auf das Niveau vor der AFSI zurückgefallen.

6. Die Bilanz in Bezug bei der Konzentration auf Frauen und die Einbindung geschlechtersensibler Elemente in die Entwicklungspläne fällt die Bilanz durchwachsen aus.

7. Zur Einhaltung ihrer Zusagen, die Umweltverträglichkeit in die Landwirtschafts- und Ernährungssicherheitsprogramme einzubinden, müssen die Geber beträchtlich nacharbeiten.

1) Die USA verpflichteten sich, ihre Zusage in Form von bewilligten Haushaltsmitteln zu realisieren. Bisher wurden für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 2,04 Milliarden US-Dollar bewilligt. Das sind 58,2 Prozent der gesamten Zusage.

2) Deutschland und Japan gaben an, die Umsetzung ihrer Zusage anhand von Mittelzusagen zu messen. Für 2010 meldete Deutschland Zusagen in Höhe von 919,6 Millionen US-Dollar. Das sind 30 Prozent der Gesamtzusage. Japan meldete für 2010 Zusagen in Höhe von einer Milliarde US-Dollar. Das sind 33 Prozent der Gesamtzusage.

8. Die Geber müssen ihre Transparenz und Rechenschaftspflicht bezüglich der L'Aquila-Zusagen erheblich verbessern. Der Deauville-G8-Rechenschaftsbericht vom Mai 2011 bewertet den Fortschritt ohne die Verwendung eines für alle Geber einheitlichen Bewertungssystems.

Die Geberländer liegen bei der Erfüllung ihrer Zusagen von L'Aquila im Rückstand. Dabei reicht eigentlich schon die Zusage von 22 Milliarden US-Dollar über drei Jahre zur Förderung der Landwirtschaft und Bekämpfung der Unsicherheit der Nahrungsmittelversorgung bei Weitem nicht aus, um das globale Ernährungsproblem anzugehen. Dennoch kann sie viel bewirken. Angesichts der erneut steigenden Nahrungsmittelpreise und der drohenden Verarmung von Millionen Menschen können sich die Geber ein Zögern nicht leisten. Es gilt, die Bemühungen zur Umsetzung der Verpflichtungen zu verstärken, um zukünftige Krisen abzufedern und Anreize für Investitionen sowohl des Privatsektors als auch von staatlicher Seite zu schaffen. Zudem muss die G20 ermutigt werden, sich stärker einzubringen.

Wenn die G20 ihre Rolle in der landwirtschaftlichen Entwicklung und bei der Herstellung von Ernährungssicherheit stärken will, muss sie ihre Agenda grundlegend überarbeiten. Bei dem für November 2011 geplanten G20-Gipfel im französischen Cannes muss die G20 folgende Verpflichtungen eingehen:

Umsetzung ihrer L'Aquila-Zusagen

- Dringende und rasche Umsetzung der L'Aquila-Zusagen bezüglich der Qualität und Quantität der Hilfe für die landwirtschaftliche Entwicklung und Ernährungssicherheit
- Die USA müssen ihre ausstehenden Mittelzusagen in Höhe von 308 Millionen US-Dollar für das GAFSP realisieren. Andere Länder müssen zusätzliche Gelder bereitstellen, um die multilaterale Koordination der Finanzierung landeseigener Programme für die landwirtschaftliche Entwicklung und Ernährungssicherheit zu verbessern

Einhegen der Nahrungsmittelpreisschwankungen

- Offenlegung weiterer Informationen über Getreidereserven. Aufhebung von Ausfuhrverboten, um Preisspitzen zu verhindern und Preisschwankungen zu dämpfen

- Durchsetzung von Obergrenzen für Warentermingeschäfte mit Nahrungsmitteln an den Finanzmärkten
- Festlegung einer Meldepflicht für alle Derivate von Nahrungrohstoffen und Einrichtung einer Überwachung, damit die Daten hierüber öffentlich zugänglich werden
- Gründung einer Regulierungsbehörde wie der „US Commodity Futures Trading Commission“ (CFTC) für Termingeschäfte auf dem europäischen Markt und auf anderen Märkten

Aufbauend auf AFSI: Einbeziehung weiterer Schwellenländer als Geber und Durchsetzung von mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht

- Schaffung gleichberechtigter Partnerschaften von Gebern und Empfängern bei der Konzipierung und Realisierung der auf Landwirtschaft und Ernährungssicherheit bezogenen Entwicklungszusammenarbeit
- Schwerpunktsetzung auf Investitionen in Landwirtschaft, Ernährungssicherheit und Ernährung, die Kleinbauern, insbesondere Frauen, als Zielgruppe haben und die Umweltverträglichkeit berücksichtigen
- Sicherstellung, dass Investitionen in Programme für das landwirtschaftliche Risikomanagement und die soziale Absicherung die gegenwärtigen Preisspitzen dämpfen und die ärmsten Menschen in die Lage versetzen, zukünftige Krisen besser zu überstehen
- Sicherstellung, dass die Investitionen der öffentlichen Hand Anreize für Investitionen des privaten Sektors schaffen und innovative Finanzierungsinstrumente genutzt werden
- Verbesserung von Transparenz und Rechenschaftslegung bei der Umsetzung der Zusagen. Dazu ist Folgendes zu vereinbaren:
 - Ein einheitlicher Reporting-Standard
 - OECD-DAC-Indikatoren, anhand derer sich ermitteln lässt, ob Hilfgelder die Schwächsten erreichen
 - Festlegung von Ausgangswerten und Indikatoren, die die Messbarkeit der Ergebnisse und Fortschritte sicherstellen

PRAXISBERICHT: A TALE OF TWO FARMERS

DIE GESCHICHTE VON ZAKIA

Noch vor wenigen Jahren fragten sich Zakia und ihre Kolleginnen auf der Insel Sansibar, warum das für viel Geld gekaufte Saatgut kaum genug einbrachte, um ihre Familien zu ernähren – ganz zu schweigen davon, einen Überschuss mit Gewinn verkaufen zu können. Es war frustrierend. Die Arbeitstage waren lang und anstrengend. Trotzdem war kein Fortschritt spürbar. Bis sie vor einigen Jahren neue Anbaumethoden lernten und dank der Investitionen von Gebern in Landwirtschaft und Ernährungssicherheit die Möglichkeit zur gekühlten Lagerung des geernteten Gemüses erhielten. So konnten sie seine Haltbarkeit verlängern.

Anstatt das teure Saatgut einfach auszustreuen, bestellen sie jetzt den Boden, pflanzen die Samen in akkuraten Reihen und ziehen dann schimmernde Auberginen, Tomaten und Bohnen heran. In verschiedenen Anbauphasen bauen sie jeweils verschiedene Gemüsesorten an. Sie haben einen Wassertank gebaut, und die neuen Bewässerungsleitungen schlängeln sich durch die Felder. Aus Ingwer, Chili, Knoblauch, Niemblättern und Nelken mischen sie sich eigene Insektizide. Sie haben ein Lagerhaus gebaut, damit ihre Waren bis zum Verkauf auf dem Markt frisch bleiben. Sie sind einer Kooperative beigetreten, die bessere Preise für ihre Erzeugnisse aushandeln kann.

Ihre Arbeitstage sind immer noch lang und hart: um 05:30 Uhr aufstehen, beten und dann direkt auf das Feld, mit einer kurzen Frühstückspause gegen 10:00 Uhr. Aber jetzt lohnt sich die harte Arbeit.

Sie erzielen so hohe Erlöse, dass sie für das Geld eine verschließbare Kiste anschaffen mussten. Sie ist jetzt ihre Genossenschaftsbank. Sie investieren Geld in ihre Farmen und können ihre Kinder zur Schule schicken. Alle essen mehr und gesünder. Sie spielen sogar mit dem Gedanken, etwas Vieh zu kaufen: Hühner und vielleicht eine Kuh oder zwei. Sie sparen auf Käfige, damit die Hühner nicht gestohlen werden – ein häufiges Problem bei der traditionellen Haltung. Wenn sie die Hühner und Kühe gekauft haben, verfügen sie über proteinreichere Nahrung, müssen keinen Dünger für die Felder zukaufen und können sogar noch Geld mit dem Verkauf von Eiern und Milch verdienen.



‘Dies ist der lebende Beweis dafür, dass die gesamte Gemeinschaft profitiert, wenn man die Ausbildung einer Frau fördert.’

DIE GESCHICHTE VON DONATA

Bei der „Chitsanzo Milk Bulking Group“ im afrikanischen Malawi kann schon eine einzige Kuh das Leben einer ganzen Familie verändern. Mit einer einzigen Milchkuh kann ein Bauer sein Einkommen versechsfachen – im Vergleich zum durchschnittlichen Jahreseinkommen von 250 Dollar. Ein Einkommen von 250 Dollar pro Jahr – weniger als ein Dollar pro Tag – bedeutet für den durchschnittlichen Kleinbauern ein Leben in extremer Armut. Es ist kaum vorstellbar, dass eine einzige Kuh das Leben einer Familie so drastisch ändern kann. Aber genau das passiert gerade jeden Tag.

Donata Kuchawo ist eine 45-jährige verheiratete Mutter von fünf Kindern, die zusätzlich zwei Waisenkinder betreut. Donata verlegte sich auf die Milchwirtschaft, weil der Anbau von Mais und Bohnen allein nicht genug einbrachte, um ihre Familie zu ernähren. Die „Chitsanzo Milk Bulking Group“ funktioniert folgendermaßen: Aus Gebermitteln erhalten einige Mitglieder der Milchkooperative Kühe. Sobald diese ein weibliches Kalb werfen, wird dies an andere Mitglieder weitergegeben. Als Mitglieder der Kooperative erlernen die Bauern auch, wie sie ihre Milch gemeinsam pasteurisieren, kühlen und sammeln, um von den Zwischenhändlern höhere Preise verlangen zu können. Dank der Kooperative konnte Donata ihre Kinder zur Schule schicken und ein Haus für ihre Familie bauen. Durch die Aufzucht einer Milchkuh muss sie außerdem keinen Dünger für ihre Mais- und Bohnenfelder kaufen. Donata hofft, dass die tragende Färse ein weibliches Kalb wirft. Falls ja, wird sie es an die nächste Familie auf der Warteliste weitergeben. Dann setzt sich der Zyklus fort. Dank ihres Einkommens konnte Donata drei ihrer Kinder den Besuch an einer weiterführenden Schule ermöglichen. Zudem unterstützt sie die beiden Kinder ihrer Schwester, die zur Grundschule gehen. Mit dem Mut einer echten Unternehmerin

‘Ihr Engagement inspiriert und beweist, dass die gesamte Gemeinschaft profitiert, wenn man Bäuerinnen beim Aufbau einer eigenen Existenz unterstützt.’

hat sie ein kleines Mietshaus gebaut, in eine Schweinezucht investiert und fünf Mitarbeiter eingestellt, die ihr im Milchbetrieb und bei der Ernte helfen. Sie spart bereits für eine weitere Kuh. Ihr Engagement inspiriert und beweist, dass die gesamte Gemeinschaft profitiert, wenn man Bäuerinnen beim Aufbau einer eigenen Existenz unterstützt.



EINFÜHRUNG

Zakia und Donata hatten Glück. Sie erhielten Unterstützung und Unterweisung in besseren Anbaumethoden – im Gegensatz zu Millionen von anderen, die auf sich allein gestellt sind. Für Menschen in Agrarländern, die am Existenzminimum leben, sind intelligente Investitionen in Landwirtschaft die Grundlage für Armutsbekämpfung, für die wirtschaftliche Entwicklung und für den Zugang zu erschwinglichen Lebensmitteln. Das funktioniert wie folgt: Die Arbeit in der Landwirtschaft ist hart. Für das Bestellen und Bewirtschaften der Felder und die Ernte werden viele Arbeitskräfte benötigt. Ist die Ernte eingefahren, muss sie verarbeitet, gelagert, transportiert, vermarktet und verkauft werden. Der Arbeitskräftebedarf verschafft Millionen von Menschen in ländlichen Gegenden, die sonst ohne Arbeit wären, eine Anstellung. Wenn sie sich eine eigene Existenz aufbauen oder auf den Feldern ihrer Nachbarn arbeiten und Geld verdienen, produzieren sie nicht nur mehr Nahrungsmittel, sondern geben auch Geld für Waren und Dienstleistungen aus. Diese Nachfrage kurbelt die Wirtschaft in ländlichen Gebieten an. Ein steigendes Angebot an Nahrungsmitteln bedeutet sinkende Nahrungsmittelpreise für die Land- und Stadtbevölkerung. Ein kontinuierlicher Zugang zu sicheren und nährstoffreichen Nahrungsmitteln garantiert eine stabile Versorgung, die es Familien ermöglicht, ihren Kindern einen guten Start in ein erfolgreiches Leben zu geben.

Statt solcher Erfolgsgeschichten hört man leider immer wieder von Hungersnöten, weil jahrzehntlang zu wenig in eine nachhaltige Kleinbauern-Landwirtschaft investiert und damit der Verarmung der Bauern Vorschub geleistet wurde. 2008, als die vorerst letzte globale Nahrungsmittelkrise wütete, waren die Investitionen der Geberländer gegenüber 1986 um 75 Prozent zurückgegangen. Als Reaktion auf die Verarmung von Millionen von Menschen, die den hohen Preisen geschuldet war und die Zahl der unter Nahrungsmittelmangel leidenden Menschen auf über eine Milliarde trieb, verpflichtete man sich auf dem G8-Gipfel von L'Aquila, den rückläufigen Trend bei Ausgaben für Landwirtschaft und Ernährungssicherheit umzukehren. Die Ursachen für den explosionsartigen Preisanstieg wurden jedoch nicht beseitigt und können sich nur verstärken.

Vielleicht steht die Welt sogar vor einer neuen, von Ressourcenknappheit und stark schwankenden Marktpreisen gekennzeichneten Ära ständiger Nahrungsmittelkrisen. Die Weltbank schätzt, dass die steigenden Nahrungsmittelpreise in

den ersten Monaten des Jahres 2011 weitere 44 Millionen Menschen in Armut gestürzt haben.³ Die Weltbevölkerung wächst. Land und Wasser – wichtige Ressourcen für die Landwirtschaft – werden knapper. Durch den Anstieg der Erdölpreise verteuern sich die Herstellung von Düngemitteln, die Bewässerung und der Transport. Dürren und Überschwemmungen werden heftiger. Anstelle von Nahrungsmittelpflanzen werden zunehmend Energiepflanzen für die Verarbeitung zu Kraftstoffen angebaut. An den Finanzmärkten wird mit Nahrungsrohstoffen spekuliert. Es droht die Gefahr, dass Hungersnöte, Unruhen und soziales Elend zum Alltag werden. Diese Entwicklung lässt sich jedoch aufhalten. Mit den richtigen Investitionen in Landwirtschaft und Ernährungssicherheit kann man den armen Bauern helfen, von den hohen Preisen zu profitieren und künftige Nahrungsmittelkrisen abzufedern. Es wäre jedoch falsch, damit bis zum Ausbruch der nächsten Krise zu warten. Die letzte Krise war tragisch. Zuzulassen, dass solche Krisen in kurzen Abständen von wenigen Jahren immer wieder ausbrechen, wäre fahrlässig.

Intelligente Investitionen in Landwirtschaft sind erwiesenermaßen ein wirksames Mittel, um Menschen aus der Armut zu befreien, Nahrungsmittelpreise zu senken, Wirtschaftswachstum zu fördern und Reserven anzulegen, mit denen sich krisen- und wetterbedingte Preisexplosionen kompensieren lassen.⁴ Eine der größten Herausforderungen für unsere Nahrungsmittelwirtschaft ist, dass Geberländer, Regierungen und andere Akteure zu lange zu nachlässig waren, was die Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln und Sicherheit der Versorgung auf der Welt angeht. Nach der globalen Finanzkrise fielen die Nahrungsmittelpreise und die Unruhen legten sich. Schnell rückte die Lösung der Haushaltsprobleme in den Mittelpunkt des Interesses. Ungeachtet dessen sind die reichen Geberländer nach wie vor die internationale Kraft, die verhindern kann, dass sich Krisen dieser Art ständig wiederholen. Deshalb sind die Einhaltung und die Erweiterung der Zusagen von L'Aquila dringend geboten. Nur so lassen sich zukünftige Versorgungsengpässe vermeiden und die Menschen aus extremer Armut befreien.

In diesem Bericht sind die von den Geberländern auf dem G8-Gipfel in L'Aquila gemachten Zusagen bezüglich der Bekämpfung der Versorgungsunsicherheit ausführlich dargestellt. Auf dem 2009 im Nachgang des G8-Gipfels anberaumten Welternährungsgipfel versprachen die Geber, den rückläufigen Trend bei den Ausgaben für Landwirtschaft und Ernährungssicherheit umzukehren und die Wirksamkeit der Hilfgelder durch die Vereinbarung von Grundsätzen für eine „intelligente“ Hilfe zu maximieren. In diesem Bericht untersuchen wir die Fortschritte die Geber bei der Erfüllung dieser quantitativen und qualitativen Zusagen. Ferner untersuchen wir, welche Fortschritte die Geber bei der Umsetzung der zugesagten Transparenz und Rechenschaftslegung erzielt haben. Abschließend schlagen wir den G20 einen Weg zur Bekämpfung der weltweiten Ernährungsunsicherheit vor.

‘Intelligente Investitionen in Landwirtschaft sind erwiesenermaßen ein wirksames Mittel, um Menschen aus der Armut zu befreien, Nahrungsmittelpreise zu senken, Wirtschaftswachstum zu fördern und Reserven anzulegen, mit denen sich krisen- und wetterbedingte Preisexplosionen kompensieren lassen.’



1: GESCHICHTE DER ENTWICKLUNGS- FINANZIERUNG FÜR LANDWIRTSCHAFT UND DIE ZUSAGE VON L'AQUILA

Werden Nahrungsmittel teurer, essen Menschen in Armut weniger und müssen an anderen Stellen sparen. Sie stellen dann auf billigere, nährstoffärmere Nahrung um, verkaufen ihre Produktionsmittel wie, Vieh oder Werkzeuge, um Essen kaufen zu können, und sparen bei anderen wichtigen Ausgaben, wie denen für Medizin und Schulgebühren.

Geschichte der Entwicklungs-
finanzierung für Landwirtschaft

11

Mitte der 1980er Jahre betrug die globale staatliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) im Landwirtschaftsbereich auf ihrem Höhepunkt 20 Milliarden US-Dollar. Danach sank der Betrag bis in die ersten Jahre des neuen Jahrtausends auf nur noch 3 Milliarden US-Dollar. Bis 2009 stieg er dann wieder langsam auf 9 Milliarden US-Dollar. Die Gründe für den Rückgang sind vielfältig, zwei sind jedoch besonders hervorzuheben: (1) die Nachlässigkeit bezüglich der Nahrungsmittelversorgung der Welt nach einer durch den wissenschaftlichen Fortschritt bewirkten, drastischen Steigerung der Nahrungsmittelproduktion in den 1960er und 1970er Jahre in Asien und Lateinamerika sowie (2) die Entwicklungsdoktrin der späten 1980er und 1990er Jahre, die vorschrieb, dass Entwicklungsländer Betriebe in Staatsbesitz und unter staatlicher Lenkung zerschlagen müssten – darunter auch Forschungs- und Bildungseinrichtungen im landwirtschaftlichen Bereich sowie Sozialdienste.⁵ Diese Institutionen und Systeme waren zwar zumeist relativ klein. Doch ohne ihre Unterstützung waren die Bauern in Entwicklungsländern auf sich allein gestellt. Hiervon waren insbesondere die afrikanischen Länder mit ihren schwach entwickelten Privatsektoren und öffentlichen Institutionen stark betroffen. Die „grüne Revolution“, die in Asien und Lateinamerika die landwirtschaftliche Produktion reformierte, erreichte Afrika nie. Die für Asien und Lateinamerika entwickelten Technologien waren aufgrund der Vielfalt an mikroklimatischen Bedingungen und Anbaufrüchten sowie der schwach entwickelten Infrastruktur und unzureichenden Marketingsysteme nicht auf Afrika übertragbar.

In den vergangenen 45 Jahren lag die landwirtschaftliche Produktivität in Afrika hinter der des Rests der Welt. So betrug die Erträge bei Getreidepflanzen beispielsweise nur ein Drittel dessen, was in Asien und Lateinamerika erzielt werden konnte.⁶ Der Wegfall der Finanzierung für Landwirtschaft machte die Bauern in den Entwicklungsländern anfälliger für Schocks – deprimierend niedrige Preise, hervorgerufen durch die Subventionierung der Landwirtschaft in den Industrieländern, Wetterextreme und unvorhersagbare Marktentwicklungen – die letztlich in einer globalen Nahrungsmittelkrise mündeten. Zwischen 2005 und 2008 stiegen die Preise für Mais um 200 Prozent, Weizen um 127 Prozent und Reis um 170 Prozent.⁷ Der explosionsartige Anstieg der Preise hatte schwere Folgen für die Erwerbsgrundlage und den Ernährungszustand der Armen in aller Welt und bewirkte irreversible wirtschaftliche und physische Schäden, Aufstände und Unruhen.

Besonders betroffen von den hohen Nahrungsmittelpreisen sind arme Menschen in Entwicklungsländern, weil sie im Schnitt 60 bis 80 Prozent ihres Einkommens für Lebensmittel ausgeben. Werden

Nahrungsmittel teurer, essen sie weniger und müssen an anderen Stellen sparen. Sie stellen dann auf billigere, nährstoffärmere Nahrung um, verkaufen ihre Produktionsmittel, wie Vieh oder Werkzeuge, um Essen kaufen zu können, und sparen bei anderen wichtigen Ausgaben, wie denen für Medizin und Schulgebühren. Der Verkauf von Vieh und Werkzeug bringt oft nicht viel, weil das Angebot groß und die Nachfrage gering ist. Mit dem Verkauf verlieren die Bauern jedoch ihre Erwerbsgrundlage – ein Verlust, von dem sie sich häufig nie wieder erholen.

Nach mehr als zwei Jahrzehnten der Vernachlässigung reagierten die Geber auf den von der Nahrungsmittelkrise 2008 ausgehenden Weckruf. Auf dem G8-Gipfel von L'Aquila verpflichteten sich die G8 und fünf weitere Geberländer, 22 Milliarden US-Dollar für die Finanzierung der Landwirtschaft und die Gewährleistung der Ernährungssicherheit bereitzustellen. 6 Milliarden US-Dollar davon waren zusätzlich zugesagtes Geld. Außerdem versprachen sie Folgendes: (1) Bereitstellung der Mittel innerhalb von drei Jahren, (2) Einigung auf eine Reihe von Grundsätzen für die Verwendung

5) Hintergrundpapier von Oxfam America, „Turning the Tables: Global Trends in Public Agricultural Investments“, Melinda Smale, Kelly Hauser und Nienke Beintema mit Emily Alpert, 2009.

6) Peter Hazell and Steven Haggblade, a.a.O.

7) World Bank Policy Research Working Paper No. 4682, „A Note on Rising Food Prices“, Donald Mitchell, Juli 2008. http://www.donorplatform.org/index2.php?option=com_resource&task=show_file&id=6736

Nach unseren Erkenntnissen auf Basis dieser Studie haben die Geber innerhalb kurzer Zeit große Aufgaben zu bewältigen, wenn sie ihre Zusagen bezüglich der Sicherheit der Nahrungsmittelversorgung einhalten wollen

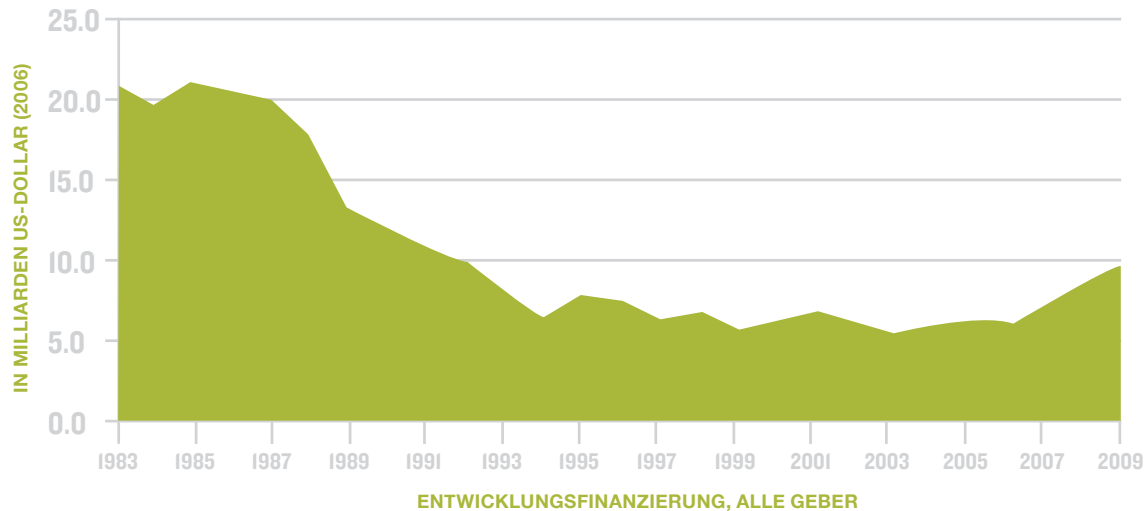
dieser Mittel und (3) Gewährleistung von Transparenz und Rechenschaftslegung bezüglich der Verpflichtungen. Vier Monate später verabschiedeten sie auf dem Welternährungsgipfel die sogenannten „Rom-Prinzipien“. Die Zusage von 22 Milliarden US-Dollar wurde schon kurz darauf als L'Aquila Food Security Initiative (AFSI) bezeichnet. Die USA berechneten die möglichen Ergebnisse der Initiative: Für 40 Millionen arme Bauernfamilien, die mehrheitlich von weniger als 2 Dollar pro Tag leben, ließen sich die Einkommen um 250 Prozent steigern.

Um das strategische Ziel der „Ergreifung dringender Maßnahmen zur Beseitigung des Hungers in der Welt“ zu erreichen, einigten sich die Geberländer auf die Rom-Prinzipien. In der Abschlusserklärung des Welternährungsgipfels, in der die Prinzipien erläutert werden, verpflichten sich die Geber zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den armen Ländern, insbesondere im Rahmen des „Comprehensive Africa Agriculture Development Programme“ (CAADP), zur Verbesserung der Koordination, zur Stärkung der Rolle multilateraler Institutionen und zur Verfolgung eines umfassenden Konzepts zur Gewährleistung der Ernährungssicherheit. Oberflächlich betrachtet klingt das alles nicht besonders spektakulär. Was die Transparenzpflicht der Geber und möglicherweise die Wirksamkeit der Mittel angeht, stellt es jedoch einen bedeutenden Kurswechsel dar. Erstmals verpflichteten sich die Geber, Aussagen über die

vorgesehene Verwendung der Mittel zu machen – hinsichtlich der Investitionsziele (z. B. Anbau oder Lagerung) und der Bevölkerungsgruppen, in die man investieren will.

Die gefährdete Versorgung mit Nahrungsmitteln ist eine globale Herausforderung, die ein breit gefächertes Spektrum an Maßnahmen erfordert: Sie erfordert die Unterstützung seitens der G20-Mitglieder, die den Schwellenländern zuzurechnen sind, und vor allem den politischen Willen sowie finanzielle Mittel in den Entwicklungsländern selbst. Dennoch bleibt absolut entscheidend, dass die traditionellen Geberländer sich weiterhin berechenbar verhalten und mit gutem Beispiel vorangehen, um beispielsweise andere Akteure stärker zu fordern. So kann zum Beispiel im Hinblick auf das Erreichen der Maputo-Ziele (Verwendung von 10 Prozent der Haushaltsmittel für die Landwirtschaft) der Druck auf die afrikanischen Länder erhöht werden, wenn die Geberländer der L'Aquila-Initiative ihre Zusagen einhalten. Analog dazu kann eine größere Unterstützung für Landwirtschaft und Ernährungssicherheit die Investitionsbereitschaft des Privatsektors verstärken. Scheitern die Geber mit ihrer L'Aquila-Zusage, droht ein Rückzug des Privatsektors aus der Landwirtschaft. Nach unseren Erkenntnissen auf Basis dieser Studie haben die Geber innerhalb kurzer Zeit große Aufgaben zu bewältigen, wenn sie ihre Zusagen bezüglich der Sicherheit der Nahrungsmittelversorgung einhalten wollen.

Entwicklungsfinanzierung für den Landwirtschaftssektor, weltweit, 1983–2009⁸



2: DIE VERPFLICHTUNGEN IM DETAIL

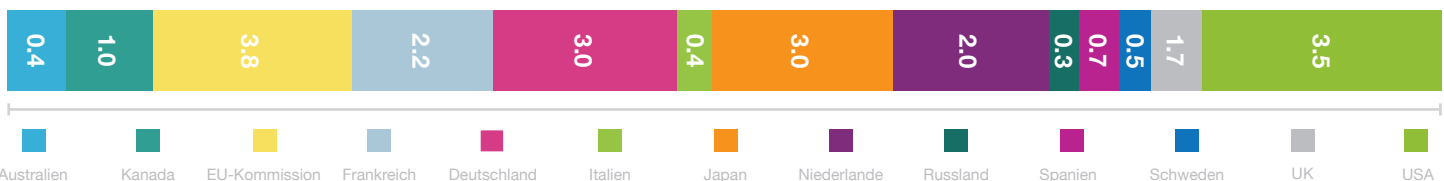
ONE hat die Zusagen der einzelnen Geber bzw. die Zusagen, der Gesamtheit der Geber zusammengetragen. Anschließend sichtet und analysiert wir öffentlich zugängliche Informationsquellen und hielten zudem mehrfach direkte Rücksprache mit den Geberländern, um ihre Fortschritte bestimmen zu können.

Um zu ermitteln, wo die Geber gemessen an der Umsetzung ihrer Verpflichtungen von L'Aquila liegen, hat ONE die Zusagen der einzelnen Geber bzw. die Zusagen der Gesamtheit der Geber zusammengetragen. Anschließend sichtet und analysiert wir öffentlich zugängliche Informationsquellen und hielten zudem mehrfach direkte Rücksprache mit den Geberländern, um ihre Fortschritte bestimmen zu können. Die Zusagen lassen sich grob in drei Kategorien unterteilen: finanzielle Zusagen, qualitative Zusagen (einschließlich der Rom-Prinzipien) und weitere wichtige Zusagen, wie die Versprechen, Frauen speziell zu fördern, auf Umweltverträglichkeit zu achten sowie transparent und rechenschaftspflichtig zu handeln.

DIE FINANZIELLEN ZUSAGEN

Die 13 Geber von L'Aquila – Australien, Kanada, die Europäische Kommission, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan, die Niederlande, Russland, Spanien, Schweden, Großbritannien und die USA – sagten für die Unterstützung der Landwirtschaft und der Ernährungssicherheit insgesamt 22 Milliarden US-Dollar zu. Davon waren 6 Milliarden US-Dollar zusätzlich zugesagtes Geld. Weitere 16 Länder und 14 internationale und regionale Organisationen schlossen sich der AFSI an und sagten technische Unterstützung und Zusammenarbeit zu. Die wichtigsten Geber einigten sich jedoch weder auf eine durchgängige, jahresbezogene Umsetzung der Verpflichtungen noch auf ein einheitliches System für die Überprüfung von Fortschritten. So sagten beispielsweise die meisten Geber zu, die Umsetzung ihrer finanziellen Zusagen an den tatsächlichen Zahlungen zu messen. Die USA, Deutschland und Japan hingegen legten für sich fest, dass die Umsetzung ihrer Zusagen an bewilligten Mitteln oder Verpflichtungen gemessen werden. Etwa die Hälfte der zugesagten Mittel ist bis Ende 2011 fällig, der Rest bis 2012.⁹ Fast die Hälfte der Mittel – 9,2 Milliarden US-Dollar – sind für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei vorgesehen. Die verbleibende Summe teilte man mit Schwerpunkt auf Ernährungssicherheit unter den multilateralen Kanälen und anderen Entwicklungshilfesektoren auf (siehe Abbildungen 2 und 3). Als Kriterien für eine einheitliche Überprüfung und Bewertung der Umsetzung der finanziellen Zusagen hat ONE folgendes festgelegt: (1) erfolgte Auszahlungen, (2) Zusätzlichkeit, (3) anstehende Auszahlungen („Pipeline“) und (4) für die Erfüllung der Zusagen noch erforderliche Zahlungen. Auch wenn einige Geber die Umsetzung ihrer Zusagen an Auszahlungen und andere sie an bewilligten Haushaltsmitteln bzw. Verpflichtungen messen, sind geleistete Auszahlungen für ONE die letztlich entscheidende Maßeinheit für politischen Willen und bürokratische Zweckmäßigkeit.

ZUSAGEN IN HÖHE VON 22 MILLIARDEN US-DOLLAR: AUFSCHLÜSSELUNG



Die Verpflichtungen im Detail

13

9) Mit Ausnahme von Australien, dessen Zusagezeitraum sich bis zum Haushaltsjahr 2012/2013 erstreckt.

QUALITATIVE ZUSAGEN

Genauso wichtig wie die Summe der von den Gebern zugesagten Mittel ist die versprochene Verwendung dieser Mittel. Angesichts der starken Haushaltsbeschränkungen in vielen Ländern ist die Maximierung der Wirksamkeit jedes gezahlten Dollars ein Muss. Die Rom-Prinzipien schreiben vor, dass sich die Entwicklungspläne an den Erfordernissen der Entwicklungsländer orientieren sollen. Außerdem soll sichergestellt sein, dass alle Akteure im Sinne nachhaltiger Ergebnisse kooperativ zusammenarbeiten. Neben den Rom-Prinzipien beurteilt ONE Transparenz sowie die Berücksichtigung von Geschlechterfragen und Umweltverträglichkeit – alles zentrale Punkte der AFSI-Zusage. Nachstehend sind die Kriterien aufgelistet, die ONE bei der Ermittlung des Fortschritts der Geber in den einzelnen Kategorien untersuchte.¹⁰

ROM-PRINZIP 1: EIGENVERANTWORT- LICHKEIT

Förderung partnergeführter Projekte mit dem Ziel der Kanalisierung der Mittel in gut strukturierte und ergebnisorientierte Programme und Partnerschaften

Das heißt, dass die Geber Investitionspläne für Programme entwickeln, die von den Partnerländern geführt werden, alle relevanten Interessengruppen einbeziehen und sich an bereits bestehenden nationalen Entwicklungs- und Ernährungssicherheitsprogrammen ausrichten.

Folgendes prüfen wir:

- Entscheidungsfindung unter Einbeziehung betroffener Parteien
- Ausrichtung an Entwicklungsplänen des jeweiligen Landes

ROM-PRINZIP 2: STRATEGISCHE KOORDI- NIERUNG

Verbesserung der strategischen Koordination auf nationaler, regionaler und globaler Ebene, um die Lenkung zu verbessern, eine sinnvollere Verteilung der Mittel zu fördern, die Überschneidung von Maßnahmen zu vermeiden und Finanzierungslücken zu ermitteln

Das heißt, dass Geber auf die Verbesserung der Koordination und Kooperation untereinander sowie mit Staaten und multilateralen Organisationen hinarbeiten, um Überschneidungen zu vermeiden und Lücken bei der Finanzierung von Programmen zu schließen.

Folgendes prüfen wir:

- Globale Koordination
- Koordination auf regionaler und Landesebene
- Schließen von Finanzierungslücken

ROM-PRINZIP 3: GANZHEITLICHES KONZEPT

Streben nach einem umfassenden, zweigleisigen Ansatz zur Gewährleistung der Ernährungssicherheit, der folgende Elemente einschließt: (1) direkte Maßnahmen zur sofortigen Bekämpfung des Hungers dort, wo die größte Not herrscht, sowie (2) mittel- und langfristige nachhaltige Entwicklungsprogramme im Bereich Landwirtschaft, Ernährungssicherheit, Ernährung und Entwicklung des ländlichen Raums, um die Hauptursachen für Hunger und Armut zu beseitigen – auch durch progressive Umsetzung des Rechts auf angemessene Ernährung

Das heißt, dass Geber weiterhin auf Lebensmittelknappheiten reagieren und den chronisch Hungernden helfen, auf lange Sicht aber durch Förderung von bäuerlichen Betrieben, Menschen und Gemeinwesen die Armut bekämpft werden muss. Das schließt auch ein, dass man Kleinbauern erreicht, die speziellen Bedürfnisse von Frauen berücksichtigt und auf Umweltverträglichkeit achtet.

Folgendes prüfen wir: :

- Ausgewogene zweigleisige Strategie
- Schwerpunkt auf Kleinbauern
- Förderung von Investitionen des privaten Sektors
- Schwerpunkt auf Capacity Building
- Maßnahmen zur Bekämpfung der Ursachen der Versorgungsunsicherheit

ROM-PRINZIP 4: STÄRKUNG MULTILATERALER INSTRUMENTE

Gewährleistung einer starken Rolle des multilateralen Systems durch nachhaltige Verbesserungen bei Effizienz, Reaktionsfähigkeit, Koordination und Wirksamkeit multilateraler Institutionen

Unter diesem Punkt verpflichten sich die Geber, auf die Erfahrungen der multilateralen Institutionen zurückzugreifen, aber auch daran zu arbeiten, dass diese ihre Aufgaben wirksamer erfüllen.

Folgendes prüfen wir:

- Einsatz für Reformprozesse
- Zusagen und Mittel für das Global Agriculture and Food Security Programme (GAFSP)
- Anteil multilateraler Ressourcen
- Sonstige Koordinationsbemühungen

ROM-PRINZIP 5: NACHHALTIGES FINAN- ZIELLES ENGAGEMENT

Gewährleistung eines nachhaltigen und umfassenden Einsatzes aller Partner für Investitionen in Landwirtschaft, Ernährungssicherheit und Ernährung unter termingerechter und zuverlässiger Bereitstellung benötigter Mittel mit dem Ziel mehrjähriger Pläne und Programme

Das heißt, dass die Geber ihr Versprechen einhalten, die Zusagen termingerecht zu realisieren, aber auch über den Zeitrahmen der dreijährigen L'Aquila-Initiative hinaus ein stabiles Engagement bei der Bekämpfung von Armut und chronischem Hunger zeigen.

Folgendes prüfen wir:

- Termingerechte Umsetzung
- Einhaltung sektorbezogener Zusagen
- Nachhaltiges Engagement
- Mittelerhöhung seit 2008

10) Eine ausführlichere Beschreibung der Methodik finden Sie unter: www.one.org.

WEITERE ZENTRALE VERPFLICHTUNGEN

FRAUEN

Ein geschlechtersensibler Ansatz ist bei Investitionen in Ernährungssicherheit von überragender Bedeutung. In der Regel sind es Frauen, die für die Ernährung der Familie zuständig sind. Sie stellen auch einen großen Teil der landwirtschaftlichen Arbeitskraft. Gibt man Frauen denselben Zugang zu Ressourcen wie Männern, sind sie in der Lage, die Erträge ihrer Farmen um 20 bis 30 Prozent zu steigern. Das würde die Zahl der Hungernden weltweit um 12 bis 17 Prozent sinken lassen.¹¹

Folgendes prüfen wir:

- Gender-Strategien (sofern verfügbar)
- Berücksichtigung des Gender-Elements in Strategien zur Ernährungssicherheit
- Nachweise für geschlechtersensible Programme

UMWELTVERTRÄGLICHKEIT

Die Gewährleistung der Umweltverträglichkeit durch Praktiken und Strategien der Bodenerhaltung, Wasserwirtschaft und intelligenten Landnutzung bildet die Voraussetzung für die langfristige Produktivität der Landwirtschaft, geringere Krisenanfälligkeit und größere Ernährungssicherheit. Viele der am stärksten von steigenden Lebensmittelpreisen betroffenen Menschen sind auch von Umweltzerstörung, Dürren und sich ändernden Wetterlagen bedroht. All dies kann die Erwerbsgrundlage von Bauern gefährden und erhebliche Gemeinkosten verursachen.

Folgendes prüfen wir:

- Umweltverträglichkeit in Überwachungs- und Evaluierungssystemen (sofern verfügbar)
- Einbindung des Managements natürlicher Ressourcen in Strategien zur Ernährungssicherheit

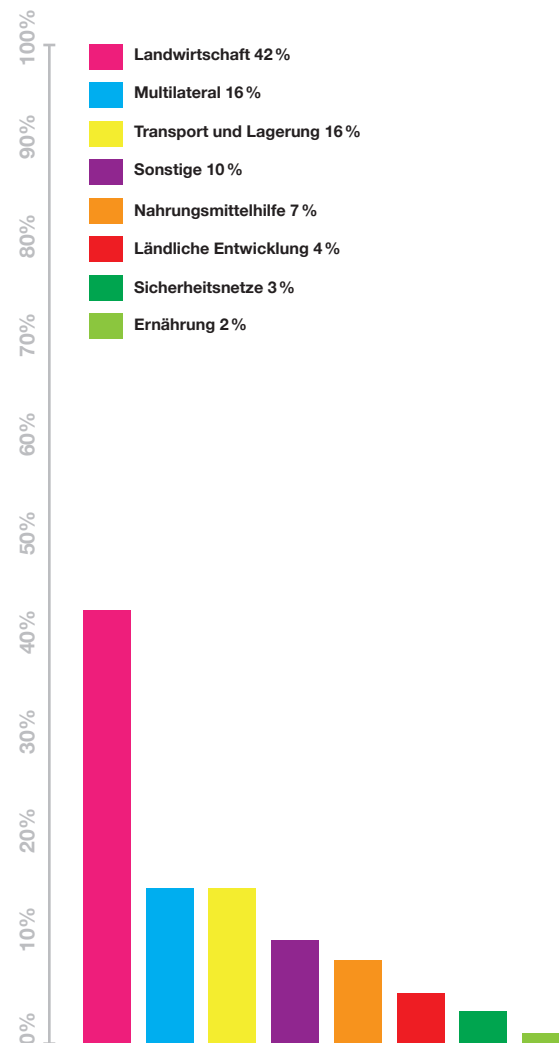
TRANSPARENZ

Transparenz bezieht sich darauf, wie bereitwillig und umfassend Geber Informationen zu Mitteln und Programmen für die Gewährleistung der Ernährungssicherheit offenlegen. Dies ist die elementare Voraussetzung dafür, dass Hilfe für Durchführende und Empfänger vorhersagbar bzw. berechenbar wird und die Zivilgesellschaft die Geber zur Verantwortung ziehen kann. Beide Aspekte sind für die Verbesserung der Wirksamkeit von Hilfe im Agrarbereich sowie die erfolgreiche Bekämpfung von Armut und chronischem Hunger von entscheidender Bedeutung.

Folgendes prüfen wir:

- Öffentlich zugängliche Informationen über Ernährungssicherheit
- Allgemeine Verfügbarkeit spezieller Informationen
- Antwortverhalten beim ONE-Fragebogen

ZUSAGE IN HÖHE VON 22 MILLIARDEN US-DOLLAR: AUFSCHLÜSSELUNG NACH SEKTOREN



11) "Growing a Better Future", Oxfam, Juni 2011. www.oxfam.org/grow

3: DIE ERGEBNISSE

Unter dem Strich liegen die Geber hinter ihren Plänen zurück, 22 Milliarden US-Dollar bis zum Ende des Jahres 2012 zu mobilisieren. Bezüglich der qualitativen Verpflichtungen fehlen der politische Wille und das Engagement, um wirklich etwas für die Beseitigung der Armut und des chronischen Hungers zu tun. Die meisten Geber sind bemüht, die Verpflichtungen umzusetzen. Die Länderberichte zeigen jedoch, dass es viel Spielraum für Verbesserungen gibt.

FINANZIELLE ZUSAGEN:

Bis dato haben die Geber nach eigenen Kriterien lediglich 22 Prozent ihrer finanziellen Zusagen umgesetzt. Für die meisten liegen zudem keine konkreten Pläne für das Erreichen des zugesagten Gesamtbetrags vor. ONE forderte die Geber auf darzulegen, wie viel bereits realisiert wurde und welche Realisierungspläne es für die nächsten zwei Jahre gibt. Abgesehen von Deutschland, das immerhin erläuterte, wie es seine Zusagen realisieren will, war keiner der Geber bereit, Informationen zu liefern, die über den Rechenschaftsbericht des G8-Treffens von Deauville 2011, das G8-eigene Bewertungsinstrument, hinausgehen.¹² Nach unserer Recherche haben die L'Aquila-Geber als Gruppe bis dato 22 Prozent ihrer Zusagen ausgezahlt; weitere 26 Prozent sind „fest zugesagt“. Die 8 in diesem Bericht untersuchten Geber meldeten Auszahlungen in Höhe von 2,5 Milliarden US-Dollar. Das sind 11 Prozent der AFSI-Zusagen. Länder wie Kanada und Italien zahlten bereits mehr als zwei Drittel ihrer Zusagen aus. Frankreich, Großbritannien und die USA liegen deutlich hinter dem Plan. Zwei Jahre nach Beginn des Zeitraum sind jeweils erst 28 Prozent (F), 30 Prozent (UK) bzw. 2 Prozent (USA) der zugesagten Mittel.¹³ Deutschland, Japan und die Europäische Kommission hingegen lassen sich nur schwer beurteilen, weil sie weder der G8 noch auf Anfrage von ONE Informationen zur Verfügung stellten.¹⁴ Die G8-Vereinbarung schreibt eigentlich die jährliche Vorlage eines Statusberichts auf dem G8-Gipfel vor. Die meisten Länder unterliegen jedoch haushalterischen Beschränkungen, die das termingerechte Melden von Auszahlungen behindern können. ONE kann nur das anrechnen, was sich nachweisen lässt: Gemessen an den belegten Auszahlungen machen die Geber gewisse Fortschritte, liegen jedoch bezogen auf die drei Jahre des Zusagezeitraums mit der Umsetzung ihrer Verpflichtungen im Rückstand.



‘Die Geber haben lediglich 22 Prozent ihrer finanziellen Zusagen umgesetzt und die meisten liegen angesichts ihres jeweiligen Zusagezeitraums nicht im Plan.’

12) Leider kann man diese Erkenntnisse nicht mit Daten der OECD erhärten, die ebenfalls die Entwicklungszusammenarbeit überwacht und nachverfolgt, weil aus den OECD-Daten für die einzelnen Geber nicht hervorgeht, welcher Anteil der Beiträge für multilaterale Organisationen oder einzelne Sektoren (z. B. Transport) auf Maßnahmen zur Ernährungssicherheit anrechenbar ist.
13) Die USA verpflichteten sich, die Realisierung ihrer Zusicherung anhand von bewilligten Haushaltsmitteln zu messen. Bisher wurden für das Haushaltsjahr 2010 und 2011 2,04 US-Dollar bewilligt. Das sind 58,2 Prozent der Zusage.
14) Deutschland und Japan gaben an, den Fortschritt bei der Realisierung ihrer Zusicherung an Mittelzusagen zu messen. Für 2010 meldete Deutschland Mittelzuteilungen von 919,6 Millionen US-Dollar. Das sind 30 Prozent der L'Aquila-Zusage. Japan meldete für 2010 Mittelzuteilungen in Höhe von einer Milliarde US-Dollar. Das sind 33 Prozent der L'Aquila-Zusage.

Die Rom-Prinzipien schreiben vor, dass sich die Entwicklungspläne an den Erfordernissen der Entwicklungsländer orientieren sollen.

Außerdem soll sichergestellt sein, dass alle Akteure im Sinne nachhaltiger Ergebnisse kooperativ zusammenarbeiten.

Neben den Rom-Prinzipien beurteilt ONE Transparenz sowie Berücksichtigung von Geschlechterfragen und Umweltverträglichkeit.

DIE ROM-PRINZIPIEN

PRINZIP 1: EIGENVERANTWORTLICHKEIT

Die meisten Geber vernachlässigen die Förderung partnergeführter Initiativen. Ihre Zusage, das CAADP zu unterstützen, ist jedoch ein guter erster Schritt. Die Europäische Kommission, Frankreich, Deutschland, Italien und die USA erarbeiteten neue Entwicklungsstrategien, in denen die Eigenverantwortlichkeit eine Rolle spielt, aber in den meisten Fällen keine Priorität hat. Die meisten Geber betonen, dass sie die Eigenverantwortlichkeit durch ihre finanzielle Unterstützung des CAADP fördern. Die CAADP-Beiträge machen jedoch nur einen sehr kleinen Anteil der Gesamtausgaben für Landwirtschaft und Ernährungssicherheit aus und sind zudem auf Afrika beschränkt. Daher müssen die Geber klarer vermitteln, wie sie die Eigenverantwortlichkeit unter Einbeziehung aller Interessengruppen und partizipatorischer Entscheidungsfindungsprozesse stärken wollen.

PRINZIP 2: STRATEGISCHE KOORDINIERUNG

Auch wenn jeder der acht untersuchten Geber Mitglied oder Gründer von mindestens zwei der fünf wichtigsten, in den AFSI-Erklärungen genannten Koordinationsinstrumente ist, besteht bezüglich der strategischen Koordinierung auf regionaler und nationaler Ebene noch erheblicher Nachholbedarf. Als Beweis für die strategische Kooperation nannten die Geber Beispiele für die Zusammenarbeit in oder mit Gebergruppen bzw. regionalen Organisationen wie der AFSI-Gruppe, multilateralen Organisationen und einigen regionalen Organisationen sowie Politik gestaltende Prozesse wie das „Committee on World Food Security“ (CFS). Mit diesen Beispielen lässt sich eine bessere Zusammenarbeit zur Verringerung von Überschneidungen und zum Schließen von Finanzierungslücken jedoch nur unzureichend nachweisen. Wir schließen daraus, dass im Hinblick auf die Bemühungen, die Kooperation strategischer und wirksamer zu gestalten, nur ein geringer Fortschritt zu verzeichnen ist.

PRINZIP 3: GANZHEITLICHES KONZEPT

Im Hinblick auf die Umsetzung eines umfassenden zweigleisigen Ansatzes zur Verbesserung der Ernährungssicherheit sind Fortschritte zu verzeichnen – insbesondere, was die Ursachen der Nahrungsmittelkrise angeht. Besonders ist hier hervorzuheben, dass Frankreich die Fragen der Preisvolatilität und der Ernährungssicherheit zu einem der zentralen Themen der Ernährungssicherheitskonferenz der G8-/G20-Gipfels 2011 gemacht hat. Alle Geber führten Beispiele für die Verfolgung eines umfassenden und zweigleisigen Konzepts an. So unterstützt Italien neben der Hungerhilfe mehrere multilaterale Organisationen, darunter in Kooperation mit dem International Fund for Agricultural Development (IFAD) ein integriertes Konzept für Landwirtschaft, Ernährungssicherheit, Ernährung und Entwicklung des ländlichen Raums. Japan kanalisiert seine kurzfristigen Mittel über das Welternährungsprogramm (WFP) und stützt sich bei der Vergabe seiner weiteren Mittel auf ein Wertschöpfungskettenkonzept, das darauf abzielt, Risiken in den Phasen vor und nach der Ernte zu mindern, Bewässerungssysteme zu bauen und zur Verbesserung des Marktzugangs die ländliche Infrastruktur zu entwickeln.

PRINZIP 4: STÄRKUNG MULTILATERALER INSTRUMENTE

Mit Ausnahme der britischen Reform des multilateralen Review-Verfahrens meldeten die Geber keine konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Wirksamkeit der mit der Ernährungssicherheit befassten multilateralen Organisationen. Darüber hinaus beteiligten sich nur Kanada und die USA in größerem Umfang am GAFSP, das eine Schlüsselrolle beim Schließen von Finanzierungslücken bei Entwicklungsprojekten hat. Alle Geber führten Beispiele dafür an, welche multilateralen Organisationen sie finanziell unterstützen, konnten aber nur unzureichend nachweisen, wie sie die Wirksamkeit dieser Organisationen verbessern wollen. Hervorzuheben ist, dass Großbritannien für alle von ihm finanziell unterstützten internationalen Organisationen einen multilateralen Review-Prozess ins Leben gerufen hat, in dessen Rahmen deren Wirksamkeit beurteilt und bei nicht zufriedenstellenden Ergebnissen Verbesserungsvorschläge gemacht werden.

PRINZIP 5: NACHHALTIGES ENGAGEMENT

Einige Geber haben nicht bindende Strategieänderungen vollzogen und/oder Schritte in Richtung eines nachhaltigen Engagements für die Ernährungssicherheit eingeleitet, die über den ursprünglichen Zusagezeitraum von drei Jahren hinausgehen. Zu unserer Enttäuschung sind diese Maßnahmen jedoch unzureichend und führen die AFSI definitiv nicht über 2012 hinaus. Die US-Regierung startete eine auf 5 Jahre angelegte Feed-the-Future-Initiative und änderte ihre bürokratische Struktur, um die Konzentration auf Ernährungssicherheit langfristig sicherzustellen. Deutschland entwickelte eine neue Strategie für die Entwicklung des ländlichen Raums, in der die Nachhaltigkeit des Engagements bei der Entwicklungszusammenarbeit Priorität genießt. Die EU-Kommission verweist darauf, dass sie niemals Mittel aus der Landwirtschaft abgezogen hat. EU-Entwicklungskommissar Andris Piebalgs bekräftigt in regelmäßigen Abständen die Verpflichtungen der Kommission im Hinblick auf Ernährungssicherheit. Ungeachtet dessen erläuterte bisher noch kein einziger Geber, was er nach 2012 gegen die Ernährungsunsicherheit tun will. Kanada, das eine 2010 endende und teilweise rückwirkende (also auf bereits erfolgte Maßnahmen bezogene) Zusage gemacht hatte, fuhr seine Investitionen in die Ernährungssicherheit 2011 sogar auf das Niveau von vor L'Aquila zurück.

WEITERE ZENTRALE VERPFLICHTUNGEN:

VERPFLICHTUNG:

FRAUEN

Die Bilanz in Bezug auf die Konzentration auf Frauen und die Einbindung geschlechtersensibler Elemente in die Entwicklungspläne fällt gemischt aus. Kanada, die EU-Kommission und die USA verpflichteten sich in Anerkennung der Rolle der Frauen bei der Entwicklung der Landwirtschaft und der Ernährungssicherheit ausdrücklich, Frauen eine besondere Zuwendung zuteilwerden zu lassen. Bei anderen Gebern, wie Deutschland, Italien und Japan, spielt diese Frage keine erkennbare Rolle. Großbritannien setzt in seinem Geschäftsplan 2011–2015 und seinen Gesundheitsstrategien zwar den Schwerpunkt auf Frauen und Mädchen, geht in Bezug auf Ernährungssicherheit und Entwicklung der Landwirtschaft jedoch nicht speziell auf die Geschlechterfrage ein.

VERPFLICHTUNG:

UMWELT

Zur Einhaltung ihrer Zusage, die Umweltverträglichkeit in den Landwirtschafts- und Ernährungssicherheitsprogrammen zu berücksichtigen, müssen die Geber noch erheblich nacharbeiten. Einige Geber – wie Kanada, Frankreich und insbesondere Deutschland – brachten einen starken Willen zum Schutz der Umwelt zum Ausdruck und suchten nach Wegen für eine von Nachhaltigkeit geprägte landwirtschaftliche Produktion. Die meisten anderen Geber hingegen schenken den drohenden Gefahren eines Klimawandels und der Zerstörung der natürlichen Ressourcen in ihren Programmen für landwirtschaftliche Entwicklung und Ernährungssicherheit zu wenig Aufmerksamkeit.

VERPFLICHTUNG:

TRANSPARENZ

Die Geber müssen ihre in L'Aquila zugesagte Transparenz und Rechenschaftslegung erheblich verbessern. Der Rechenschaftsbericht des G8-Treffens von Deauville bewertet den Fortschritt ohne die Verwendung eines für alle Geber einheitlichen Bewertungssystems. Das ist zum Teil dem Umstand zuzuschreiben, dass die Geber noch vereinbaren müssen, wie sie den Fortschritt messen wollen. Die meisten Geber waren nicht besonders entgegenkommend, als ONE Zahlen anforderte, die nicht bereits im Rechenschaftsbericht enthalten waren. Die meisten Geber weigerten sich sogar, die angeforderten Daten bereitzustellen. Nur wenige beantworteten den ONE-Fragebogen vollständig. Hervorzuheben ist hier Deutschland, das Zahlen für 2011 und 2012 lieferte. Deutschland veränderte allerdings auch einige seiner Zusagekategorien. Dasselbe trifft auf Kanada, Frankreich, Italien und die EU-Kommission zu, was es für einen Außenstehenden nahezu unmöglich macht, den Fortschritt zu ermitteln.

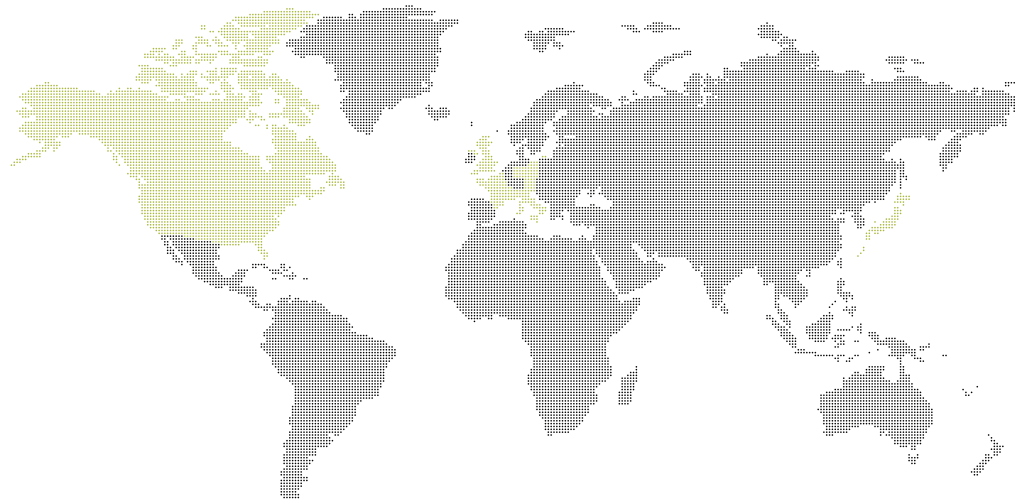


4: LÄNDERBERICHTE

Im Folgenden berichten wir über die G7-Länder und die Europäische Kommission (die größten Geldgeber der L'Aquila-Initiative). In diesen Einzelberichten ist aufgeschlüsselt, wie die Geber bei der Umsetzung ihrer finanziellen Zusagen, der Rom-Prinzipien und der weiteren zentralen Verpflichtungen (Frauen, Umweltverträglichkeit und Transparenz) abschneiden.

Die Geber selbst haben sich nicht auf ein einheitliches System zur Messung des Fortschritts geeinigt. Der Muskoka-Rechenschaftsbericht der G8 von 2010 war der Versuch, ein einheitliches System zu entwickeln. Er lässt jedoch Ausnahmen zu. Das erschwert es, die Leistungen der Geber nachzuvollziehen. In diesem Bericht wird der Grad der Realisierung der finanziellen Zusagen der Geber auf der Basis des Anteils der bereits geleisteten Zahlungen im Verhältnis zur bereits verstrichenen Zeit des Zusagezeitraums ermittelt. Wenn ein Geber ein Drittel seiner Zusage ausgezahlt hat und ein Jahr des festgelegten Zeitraums von drei Jahren verstrichen ist, liegt er „im Soll“. Bei Zahlungsverzug gehen wir davon aus, dass bezüglich der Erfüllung der Zusage ein Rückstand bei der Erfüllung der Zusage besteht. Wenn Geber festgelegt haben, dass ihre Verpflichtungen an Mittelbewilligungen oder Zusagen gemessen werden, ist dies gesondert vermerkt. Die Einhaltung der qualitativen Zusagen ermittelten wir auf der Basis einer Reihe von Indikatoren für jedes Prinzip bzw. für die im zweiten Teil dieses Berichts erläuterten, weiteren zentralen Verpflichtungen. Guter Fortschritt bei der Umsetzung eines Prinzips oder der Erfüllung einer Verpflichtung wird als „im Soll“, mittelmäßiger bis zufriedenstellender Fortschritt als „halbwegs im Soll“ und schlechtes Abschneiden als „verbesserungswürdig“ gewertet.

 In diesem Bericht untersuchte Länder.





KANADA

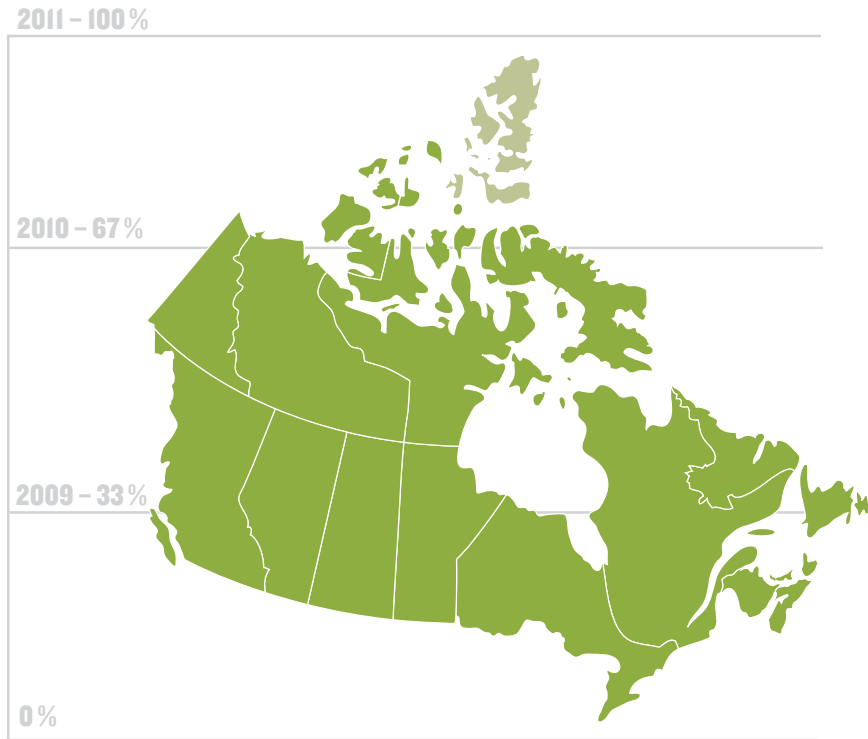
**FORTSCHRITT BEI AUSZAHLUNGEN:
HALBWEGS IM SOLL**

- **ZUSAGE:**
1,034 Mrd. US-Dollar (in
Auszahlungen) verteilt über die
Haushaltsjahre 2008/2009–2010/2011
- **ZUSÄTZLICHKEIT DER ZUSAGE:**
0,526 Mrd. US-Dollar (Zuwachs von
52 Prozent)
- **BIS DATO AUSGEZAHLT:**
0,919 Mrd. US-Dollar (88,9 Prozent der
Zusage)
- **FESTE ZUSAGE (PIPELINE):**
keine Angabe
- **FÜR EINHALTUNG DER ZUSAGE
ERFORDERLICHE ZAHLUNGEN:**
0,115 Milliarden US-Dollar

ZUSAGE-CHECK

**FORTSCHRITT BEI AUSZAHLUNGEN
HALBWEGS IM SOLL**

ZUSAGEZEITRAUM



KANADA

Gesamtzusage: 1,034 Milliarden US-Dollar

■ 0,115 Milliarden US-Dollar ausstehend

■ 0,919 Milliarden US-Dollar ausgezahlt

FORTSCHRITTE IM QUALITATIVEN BEREICH

VERSPRECHEN	BEWERTUNG	FORTSCHRITT
Eigenverantwortlichkeit	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Die kanadische Strategie im Hinblick auf die Ernährungssicherheit orientiert sich an allen wichtigen Prinzipien zur Gewährleistung der Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit. Die bilateralen Zahlungen Kanadas gingen an nationale Regierungen der Partnerländer zur Verwendung nach deren eigenen Prioritäten.
Strategische Koordination	VERBESSERUNGSWÜRDIG	<ul style="list-style-type: none"> Kanada investierte beträchtliche Mittel in die G8/G20 Global Donor Platform Initiative für die globale Ernährungssicherheit, aber relativ wenig in das UN-System. Als einzige Ausnahme ist hier die Rolle Kanadas als Mitveranstalter bei der Vorstellung des SUN-Frameworks (Scaling Up Nutrition) im Jahr 2010 zu nennen.
Ganzheitliches Konzept	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Kanada machte die Fokussierung auf Kleinbauern zum festen Bestandteil seiner auf die Ernährungssicherheit bezogenen Strategie. Die Strategie schließt die umfassende Bekämpfung der Ursachen der Ernährungsunsicherheit und die lokale Lenkung des Ernährungssystems ein.
Stärkung multilateraler Instrumente	HALBWEGS IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> 55 Prozent der ASFI-Gelder flossen an das GAFSP (38 Prozent), das WFP (5 Prozent) und den IFAD (6 Prozent). Die kanadische Strategie im Hinblick auf die Ernährungssicherheit schließt keine Bemühungen ein, die Lenkung des globalen Ernährungssystems zu verbessern. Kanada erfüllte seine Zusage gegenüber dem GAFSP.
Nachhaltiges Engagement	VERBESSERUNGSWÜRDIG	<ul style="list-style-type: none"> Die Hälfte des Zusagezeitraums Kanadas lag in der Zeit vor dem L'Aquila-Gipfel. Als der Zeitraum Ende 2010 endete, fielen die kanadischen Investitionen in die Ernährungssicherheit auf das Niveau von vor L'Aquila zurück. Die kanadischen Zahlungen an multilaterale Instrumente entsprechen der gemachten Zusage, aber die Auszahlungen im landwirtschaftlichen Bereich liegen unter dem ursprünglich zugesagten Betrag.
Frauen	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Kanada machte die Fokussierung auf Frauen zum Bestandteil seiner Ernährungssicherheitsstrategie.
Umweltverträglichkeit	VERBESSERUNGSWÜRDIG	<ul style="list-style-type: none"> Kanada verweist in seiner Strategie auf geringere Krisenanfälligkeit und agro-ökologische Konzepte, hat den Umweltgedanken auf Landesebene jedoch noch nicht vollständig in seine Programme integriert.
Transparenz	VERBESSERUNGSWÜRDIG	<ul style="list-style-type: none"> Die CIDA (Canadian International Development Agency) hat ihre Ernährungssicherheitsstrategie online gestellt. Die Angaben zur Umsetzung der L'Aquila-Verpflichtungen sind jedoch begrenzt. Im Hinblick auf den Indikator der „Verfügbarkeit spezifischer Informationen“ erzielte die CIDA einen Wert von 62 Prozent (Rang 16 unter 30 Gebern).



EUROPÄISCHE KOMMISSION

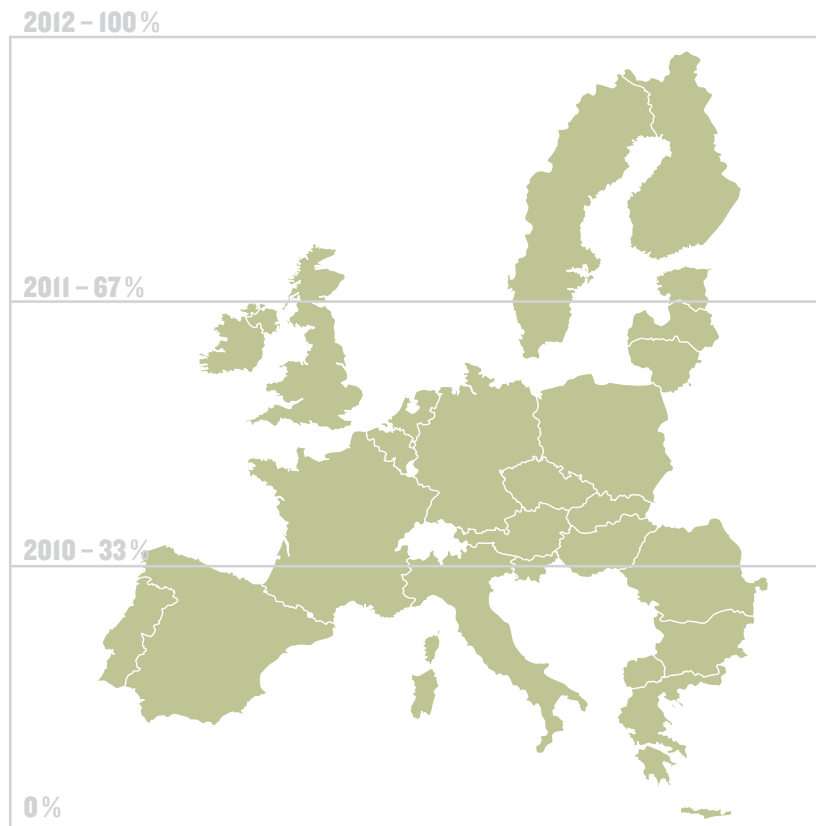
FORTSCHRITT BEI AUSZAHLUNGEN
KEINE ANGABEN

- **ZUSAGE:**
3,8 Milliarden US-Dollar (in Auszahlungen) zwischen 2010 und 2012
- **ZUSÄTZLICHKEIT DER ZUSAGE:**
0,742 Milliarden US-Dollar (Zuwachs von 19,5 Prozent)
- **BIS DATO AUSGEZAHLT:**
Keine Angaben
- **FESTE ZUSAGE (PIPELINE):**
2,02 Milliarden US-Dollar
- **FÜR EINHALTUNG DER ZUSAGE ERFORDERLICHE ZAHLUNGEN:**
3,8 Milliarden US-Dollar, abzüglich bereits erfolgter aber nicht berichteter Auszahlungen

ZUSAGE-CHECK

**FORTSCHRITT BEI AUSZAHLUNGEN
KEINE ANGABEN**

ZUSAGEZEITRAUM

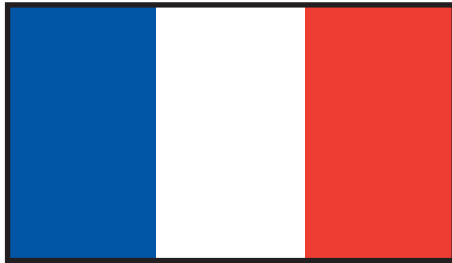


Europäische
Kommission

Gesamtzusage: 3,8 Milliarden US-Dollar
■ 3,8 Milliarden US-Dollar ausstehend
■ 0 US-Dollar ausgezahlt

FORTSCHRITT IM QUALITATIVEN BEREICH

VERSPRECHEN	BEWERTUNG	FORTSCHRITT
Eigenverantwortlichkeit	HALBWEGS IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Die Eigenverantwortlichkeit ist Bestandteil der umfassenden Ernährungssicherheitsstrategie der EU. Darin ist von der Einbeziehung aller relevanten Interessengruppen die Rede, allerdings ohne direkte Bezugnahme auf Landwirtschaft oder die Entwicklung von Ernährungssicherheitsprogrammen. Capacity Building findet im „Green Paper on Inclusive Growth“ der EU nur am Rande Erwähnung.
Strategische Koordination	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Die Kommission ist aktives Mitglied der AFSI-Gruppe und des CFS und setzt sich dafür ein, dass das CFS das globale Koordinierungsorgan für die Politik der UN-Mitglieder im Hinblick auf die Ernährungssicherheit wird. Die Kommission ist bestrebt, Vereinbarungen zu den Prinzipien für die Entwicklungszusammenarbeit zwischen EU-Mitgliedstaaten zu erzielen.
Ganzheitliches Konzept	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Die Kommission teilt ihre Mittel relativ gleichmäßig zwischen Lebensmittelhilfe und Entwicklung der Landwirtschaft auf. Die Kommission definiert die geringere Krisenanfälligkeit einer kleinbäuerlichen Landwirtschaft als Priorität des EU-Strategierahmens im Hinblick auf die Ernährungssicherheit. Der Einbeziehung des privaten Sektors wird im „Green Paper on Inclusive Growth“ der EU große Bedeutung beigemessen.
Stärkung multilateraler Instrumente	HALBWEGS IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Die Kommission ging gegenüber dem GAFSP keine Zusage ein. Die Kommission unterstützt den Reformprozess beim CFS, setzt sich aber nicht spürbar für die FAO- bzw. CGIAR-Reform ein. Die Kommission arbeitet an der Schaffung einer gemeinsamen Plattform für die Kooperation mit den in Rom ansässigen Ernährungs- und Landwirtschaftsagenturen.
Nachhaltiges Engagement	VERBESSERUNGSWÜRDIG	<ul style="list-style-type: none"> Wie aus den sektorbezogenen Zusagen hervorgeht, stehen die geplanten Ausgaben der Kommission nicht im Einklang mit ihrer ursprünglichen Zusage. Laut OECD-DAC erhöhte die Kommission ihre Ausgaben für die Landwirtschaft zwischen 2008 und 2009 nicht. Entwicklungskommissar Piebalgs bekräftigt regelmäßig öffentlich das langfristige Engagement für die Ernährungssicherheit.
Frauen	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Die EU-weite Ernährungssicherheitspolitik sieht insbesondere die finanzielle Förderung der Betriebe von Kleinbäuerinnen, die Finanzierung der landwirtschaftlichen Ausbildung der Frauen und von Frauenverbänden vor.
Umweltverträglichkeit	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Im Rahmen der EU-weiten Politik werden nachhaltige und ökologisch orientierte Konzepte bei der Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft und der Unterstützung der Entwicklungsländer bei der Bekämpfung des Klimawandels und seiner Folgen für die Ernährungssicherheit unterstützt.
Transparenz	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Im Hinblick auf den Indikator der der „Verfügbarkeit spezifischer Informationen“ erzielte die Kommission einen Wert von 72 Prozent (Rang 10 unter 30 Gebern). Die Kommission beantwortete den ONE-Fragebogen zu qualitätsbezogenen Zusagen umfassend, übermittelte der G8 oder ONE jedoch bisher keine AFSI-Zahlen.



FRANKREICH

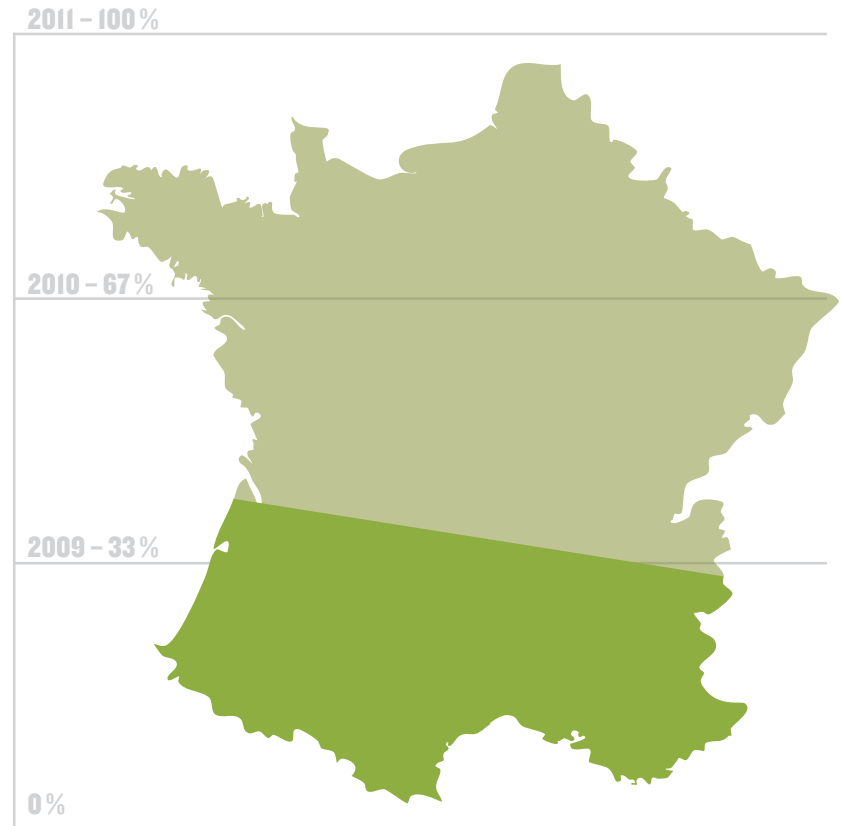
FORTSCHRITT BEI AUSZAHLUNGEN VERBESSERUNGSWÜRDIG

- **ZUSAGE:**
2,161 Milliarden US-Dollar (in Auszahlungen) verteilt von 2009 bis 2011
- **ZUSÄTZLICHKEIT DER ZUSAGE:**
0,365 Milliarden US-Dollar (Zuwachs von 16,5 Prozent)
- **BIS DATO AUSGEZAHLT:**
0,606 Milliarden US-Dollar (28,1 Prozent der Zusage)
- **FESTE ZUSAGE (PIPELINE):**
1,337 Milliarden US-Dollar
- **FÜR EINHALTUNG DER ZUSAGE ERFORDERLICHE ZAHLUNGEN:**
1,555 Milliarden US-Dollar

ZUSAGE-CHECK

**FORTSCHRITT BEI AUSZAHLUNGEN
VERBESSERUNGSWÜRDIG**

ZUSAGEZEITRAUM



FRANKREICH

Gesamtzusage: 2,161 Milliarden US-Dollar
■ 1,555 Milliarden US-Dollar ausstehend
■ 0,606 Milliarden US-Dollar ausgezahlt

FORTSCHRITTE IM QUALITATIVEN BEREICH

VERSPRECHEN	BEWERTUNG	FORTSCHRITT
Eigenverantwortlichkeit	HALBWEGS IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Die neue französische Strategie für die Kooperation in der Entwicklungszusammenarbeit orientiert sich an den landeseigenen Entwicklungsplänen. Die globale Strategie enthält keinen Bezug auf einen Entscheidungsfindungsprozess unter Einbeziehung mehrerer Interessengruppen; Bestandteil der meisten Länderstrategien sind jedoch Konsultationen mit der Zivilgesellschaft und dem privaten Sektor.
Strategische Koordination	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Frankreich machte die Ernährungssicherheit und die Volatilität der Nahrungsmittelpreise zum Schwerpunktthema des G20-Gipfels Frankreich ist aktives Mitglied von CFS, UNSCN und CGIAR. Frankreich unterstützt regionale Organisationen in Westafrika.
Ganzheitliches Konzept	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Frankreich gibt 6,4 mal mehr für die Entwicklung der Landwirtschaft als für Lebensmittelhilfe aus. Frankreich setzt den Schwerpunkt auf langfristige Anstrengungen zur Ursachenbekämpfung, indem es sich vorrangig auf Kleinbauern, Capacity Building und die Stärkung des privaten Sektors konzentriert. Im Rahmen des G20-Vorsitzes setzte sich Frankreich für den Kampf gegen die Volatilität der Nahrungsmittelpreise ein.
Stärkung multilateraler Instrumente	HALBWEGS IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Frankreich ging gegenüber dem GAFSP keine Zusage ein. 4,6 Prozent der AFSI-Zahlungen Frankreichs flossen über multilaterale Organisationen. Frankreich setzt sich für die Reformierung von CFS und FAO ein. Frankreich übernahm früh eine wichtige Rolle in der Global Partnership for Agriculture, Food Security and Nutrition.
Nachhaltiges Engagement	VERBESSERUNGSWÜRDIG	<ul style="list-style-type: none"> Frankreich meldete Ausgaben in Kategorien, die nicht Bestandteil der ursprünglichen Zusage sind. Frankreich erhielt die Erhöhung seiner landwirtschaftsbezogenen Entwicklungsfinanzierung zwischen 2008 und 2009 nicht aufrecht. Landwirtschaft und Ernährungssicherheit bleiben wichtige Eckpfeiler der neuen französischen Entwicklungsstrategie.
Frauen	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> In seiner neuen Strategie für die Kooperation in der Entwicklungszusammenarbeit betont Frankreich die Bedeutung der Frauen für die Entwicklung, macht aber nicht deutlich, inwieweit die Bedürfnisse der Frauen Ziel bzw. geschlechtersensible Elemente Bestandteil dieser Strategie sind.
Umweltverträglichkeit	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Die Umweltverträglichkeit ist zentraler Bestandteil der neuen französischen Strategie für die Kooperation in der Entwicklungszusammenarbeit.
Transparenz	VERBESSERUNGSWÜRDIG	<ul style="list-style-type: none"> Im Hinblick auf den Indikator der „Verfügbarkeit spezifischer Informationen“ erzielte Frankreich einen Wert von 65 Prozent (Rang 12 unter 30 Gebern). Frankreich füllte den ONE-Fragebogen nicht aus und nahm auch nicht am ONE-Konsultationsprozess teil.



DEUTSCHLAND

FORTSCHRITT GEMESSEN AN DER ZUSAGE: IM SOLL

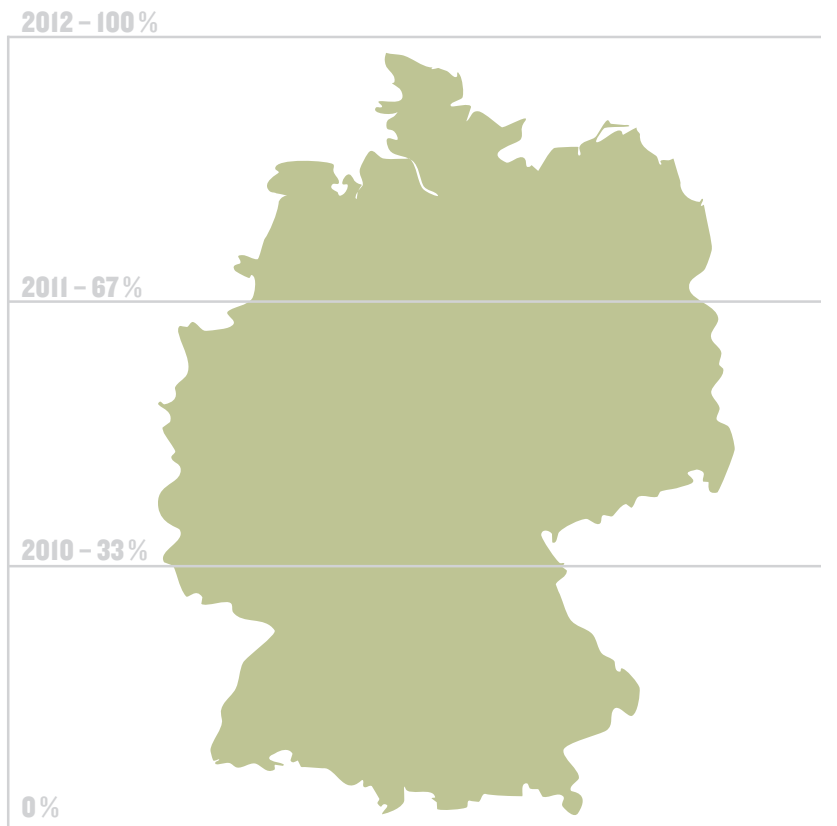
FORTSCHRITT BEI AUSZAHLUNGEN
Keine Angaben

- **ZUSAGE:**
3 Milliarden US-Dollar (in Zusagen)
2010 bis 2012
- **ZUSÄTZLICHKEIT DER ZUSAGE:**
1 Milliarden US-Dollar (Zuwachs von
33 Prozent)
- **BIS DATO AUSGEZAHLT:** keine
Angaben
- **FESTE ZUSAGE FÜR 2010 BIS 2012
(PIPELINE):** 3,1 Milliarden US-Dollar¹⁵
- **FÜR EINHALTUNG DER ZUSAGE
ERFORDERLICHE ZAHLUNGEN:**
3 Milliarden US-Dollar abzüglich bis
dato nicht gemeldeter Auszahlungen¹⁶

ZUSAGE-CHECK

**FORTSCHRITT BEI AUSZAHLUNGEN
KEINE ANGABEN**

ZUSAGEZEITRAUM



DEUTSCHLAND

Gesamtzusage: 3 Milliarden US-Dollar

■ 3 Milliarden US-Dollar ausstehend

■ 0 US-Dollar ausgezahlt

¹⁵ Hinweis: Diese Verpflichtungen sind keine Verpflichtungen nach DAC-Standards – es handelt sich um interne und bindende Etatanteile im Sinne des deutschen Gesetzes (teilweise untermauert durch einen Notenwechsel mit Partnerländern). Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) teilte mit, dass es in Deutschland länger dauere, bis Etatanteile als Auszahlungen erscheinen.

¹⁶ Deutschland meldete im Rahmen der AFSI keine Auszahlungen. Daher setzt ONE die Auszahlungen mit Null an. Diese Zahl wird korrigiert, wenn der Entwicklungshilfeausschuss der OECD Ende 2011 sektorale Auszahlungen für 2010 meldet.

FORTSCHRITTE IM QUALITATIVEN BEREICH

VERSPRECHEN	BEWERTUNG	FORTSCHRITT
Eigenverantwortlichkeit	HALBWEGS IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Im Rahmen der neuen deutschen Strategie für die Entwicklung des ländlichen Raums bilden die finanzielle Förderung landeseigener Programme bzw. die Unterstützung ihrer Entwicklung, insbesondere in instabilen Staaten, eine Voraussetzung für die Entwicklungszusammenarbeit. Diese Strategie sieht allerdings keine Konsultationsprozesse mit allen Interessengruppen zur Ausgestaltung von Entwicklungsprogrammen vor.
Strategische Koordination	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Deutschland kooperiert auf internationaler Ebene mit dem CFS und CGIAR, in Afrika mit regionalen Organisationen, wie der Afrikanischen Union und den regionalen Wirtschaftsgemeinschaften, und den Handelspolitikblöcken sowie mit mehreren Geberkoordinierungsgruppen wie der Global Donor Platform for Rural Development (GDPRD). Gegenwärtig hat Deutschland den Vorsitz des ständigen UN-Ausschusses zu Ernährung (UNSCN) inne.
Ganzheitliches Konzept	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Schwerpunkt der neuen deutschen Strategie bildet neben der Nahrungsmittelnothilfe die langfristig angelegte Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums. Im Mittelpunkt der Strategie stehen Wertschöpfungsketten, berufliche Ausbildung, Infrastruktur und Agrarforschung.
Stärkung multilateraler Instrumente	VERBESSERUNGSWÜRDIG	<ul style="list-style-type: none"> Deutschland ging gegenüber dem GAFSP keine Zusage ein. Deutschland belegt nicht, wie es die Kooperation, Kommunikation bzw. Koordination multilateraler Instrumente mit Schwerpunkt auf Landwirtschaft und Ernährungssicherheit verbessern will. Nur 5,3 Prozent der deutschen AFISI-Zusage sollen in multilaterale Instrumente fließen.
Nachhaltiges Engagement	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Mehr als 43 Prozent der deutschen Zusage war für die Landwirtschaft reserviert; Deutschland merkte jedoch an, dass es plant, nur 31 Prozent seiner tatsächlichen Zahlungen für diesen Sektor aufzuwenden. Deutschland verfügt im Hinblick auf die Entwicklung des ländlichen Raums und die Ernährungssicherheit über eine neue strategische Ausrichtung. Deutschland beteiligte sich mit Mitteln, die über seine AFISI-Zusage hinausgehen, an den EU-Finanzierungsinstrumenten und den multilateralen Entwicklungsbanken (MDBs).
Frauen	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Die deutsche Entwicklungsstrategie für den ländlichen Raum sieht die besondere Berücksichtigung von Frauen in landwirtschaftlichen Programmen vor.
Umweltverträglichkeit	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Einen der vier Eckpfeiler der deutschen Entwicklungsstrategie für den ländlichen Raum bildet die nachhaltige Ressourcennutzung. Schwerpunkt der landwirtschaftlichen Programme sind Konzepte zur schonenden Land- und Wassernutzung.
Transparenz	HALBWEGS IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Deutschland war der einzige Geber, der ONE Angaben zu Verpflichtungen für die Jahre 2011 und 2012 seines Zusagezeitraums machte. Im Hinblick auf den Indikator der „Verfügbarkeit spezifischer Informationen“ erzielte Deutschland einen Wert von 40 Prozent (Rang 26 unter 30 Gebern).



ITALIEN

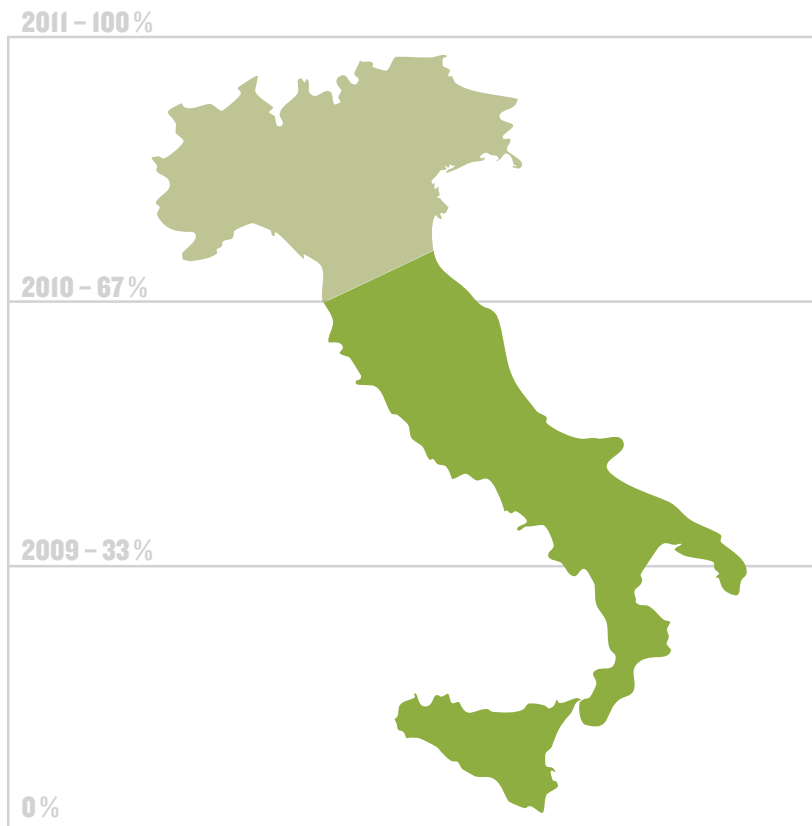
FORTSCHRITT BEI AUSZAHLUNGEN IM SOLL

- **ZUSAGE:**
0,428 Mrd. US-Dollar
(in Auszahlungen) über den Zeitraum
von 2009 bis 2011
- **ZUSÄTZLICHKEIT DER ZUSAGE:**
0,180 Mrd. US-Dollar (Zuwachs von
42 Prozent)
- **BIS DATO AUSGEZAHLT:**
0,349 Mrd. US-Dollar (81,6 Prozent der
Zusage)
- **FESTE ZUSAGE (PIPELINE):**
keine Angabe
- **FÜR EINHALTUNG DER ZUSAGE
ERFORDERLICHE ZAHLUNGEN:**
0,079 Mrd. US-Dollar

ZUSAGE-CHECK

FORTSCHRITT BEI AUSZAHLUNGEN IM SOLL

ZUSAGEZEITRAUM

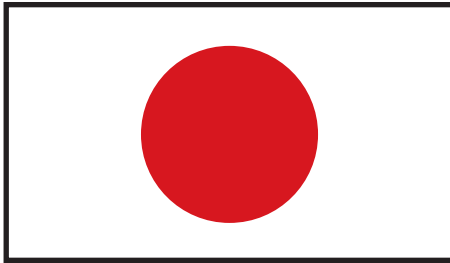


ITALIEN

Gesamtzusage: 0,428 Milliarden US-Dollar
■ 0,079 Milliarden US-Dollar ausstehend
■ 0,349 Milliarden US-Dollar ausgezahlt

FORTSCHRITTE IM QUALITATIVEN BEREICH

VERSPRECHEN	BEWERTUNG	FORTSCHRITT
Eigenverantwortlichkeit	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Italien stellt Mittel für die Haushalte der Empfänger bereit und ist über das STREAM-System (Synthetic, Transparent, Realistic, Exhaustive, Harmonized, Measurable) bestrebt, sich an nationalen Ausgabeplänen zu orientieren.
Strategische Koordination	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Italien hat gegenwärtig den Kovorsitz der Global Donor Platform for Rural Development (GDPRD) inne und ist auf nationaler und europäischer Ebene in anderen Geber-Koordinierungsinstrumenten aktiv. Gegenwärtig arbeitet die italienische Agentur für Entwicklungszusammenarbeit an der Definition von STREAM. Das System soll Gebern helfen, ihre Programme vor Ort auf nationale Investitionsprogramme abzustimmen.
Ganzheitliches Konzept	HALBWEGS IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Die Maßnahmen Italiens konzentrieren sich auf Produzenten und Haushalte der kommerziellen sowie der Subsistenzlandwirtschaft (Selbstversorger), einschließlich solcher, die von Märkten ausgeschlossen sind. Im Mittelpunkt der italienischen Ernährungssicherheitsprogramme stehen die Reduzierung von Risiken und der Anfälligkeit für Krisen, die Förderung der Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft und der Lebensmittelnothilfe über das WFP.
Stärkung multilateraler Instrumente	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Auf globaler Ebene unterstützt Italien aktiv die Reformierung von CFS und CGIAR im Hinblick auf die Koordinierung mit den in Rom ansässigen Agenturen. Ein besonderer Einsatz für den FAO-Reformprozess ist nicht erkennbar. 46,3 Prozent der AFSI-Zahlungen Italiens flossen über multilaterale Kanäle. Italien ging gegenüber dem GAFSP keine Zusage ein.
Nachhaltiges Engagement	HALBWEGS IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Mit seinen Zahlungen für den Landwirtschafts- und Ernährungssektor liegt Italien unter dem Soll, die Mittel für multilaterale Kanäle, Entwicklung, Lebensmittelhilfe, Transport, Lagerung und Absicherungsmaßnahmen liegen über dem Soll. Ein nachhaltiges Engagement über den Zusagezeitraum hinaus ist nicht erkennbar.
Frauen	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Die CIS erließ agenturweit neue Gender-Richtlinien und beginnt damit, der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in seiner Entwicklungszusammenarbeit durch geschlechterbezogene Überwachung der Investitionsströme Rechnung zu tragen. Die italienische Entwicklungsagentur arbeitet in ihren landwirtschaftlichen Programmen mit Subsistenz-Bäuerinnen zusammen.
Umweltverträglichkeit	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Die Umweltrichtlinien für die italienische Entwicklungszusammenarbeit werden zur Ermittlung, Planung, Genehmigung, Überwachung und Evaluierung aller italienischen Initiativen dienen.
Transparenz	HALBWEGS IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Im Hinblick auf den Indikator der „Verfügbarkeit spezifischer Informationen“ erzielte Italien einen Wert von 50 Prozent (Rang 25 unter 30 Gebern). Italien beantwortete den ONE-Fragebogen für diesen Bericht umfassend.



JAPAN

FORTSCHRITT GEMESSEN AN DER ZUSAGE: IM SOLL

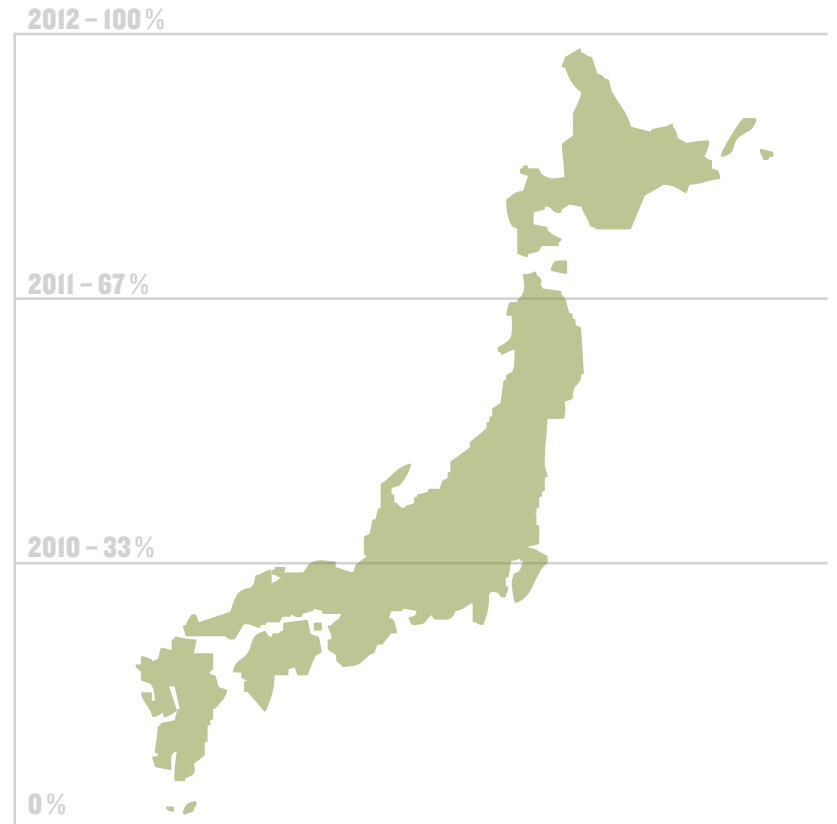
FORTSCHRITT BEI AUSZAHLUNGEN
KEINE ANGABEN

- **ZUSAGE:**
3 Mrd. US-Dollar (in Zusagen) für den Zeitraum von 2010 bis 2012
- **ZUSÄTZLICHKEIT DER ZUSAGE:**
0,6 Mrd. US-Dollar (Zuwachs von 20 Prozent)
- **BIS DATO AUSGEZAHLT:**
keine Angaben
- **FESTE ZUSAGE (PIPELINE):**
1 Mrd. US-Dollar
- **FÜR EINHALTUNG DER ZUSAGE ERFORDERLICHE ZAHLUNGEN:**
3 Mrd. US-Dollar abzüglich bis dato nicht gemeldeter Auszahlungen

ZUSAGE-CHECK

**FORTSCHRITT BEI AUSZAHLUNGEN
KEINE ANGABEN**

ZUSAGEZEITRAUM



JAPAN

Gesamtzusage: 3 Milliarden US-Dollar

■ 3 Milliarden US-Dollar ausstehend

■ 0 US-Dollar ausgezahlt

FORTSCHRITTE IM QUALITATIVEN BEREICH

VERSPRECHEN	BEWERTUNG	FORTSCHRITT
Eigenverantwortlichkeit	VERBESSERUNGSWÜRDIG	<ul style="list-style-type: none"> NERICA-Reis, Japans wichtigste Investition in die Landwirtschaft, wurde ohne Einbeziehung der afrikanischen Forschungsprogramme und Bauern entwickelt.
Strategische Koordination	VERBESSERUNGSWÜRDIG	<ul style="list-style-type: none"> Die wichtigste AFSI-Koordinierungsbemühung Japans ist die Mitarbeit in der „Coalition for African Rice Development“. Japan ist Gründer von CGIAR und war Mitveranstalter bei der Vorstellung des SUN-Frameworks (Scaling Up Nutrition).
Ganzheitliches Konzept	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Japan unterstützt das WFP und finanziert nach dem Wertschöpfungskettenprinzip die der Ernte vor- und nachgelagerten Prozesse, darunter Infrastruktur und Marktzugang. Kleinbauern scheinen bei den japanischen Investitionen in die Landwirtschaft keinen Schwerpunkt zu bilden.
Stärkung multilateraler Instrumente	VERBESSERUNGSWÜRDIG	<ul style="list-style-type: none"> Japan ging gegenüber dem GAFSP keine Zusage ein. Japan unterstützt die Reform von FAO, CFS und CGIAR. Keine der AFSI-Zusagen Japans war auf multilaterale Instrumente ausgerichtet.
Nachhaltiges Engagement	VERBESSERUNGSWÜRDIG	<ul style="list-style-type: none"> Die japanischen Mittel verteilen sich zu nahezu gleichen Teilen auf Landwirtschaft, Lagerung und Transport. Laut Zusage sollen jedoch zwei Drittel auf Transport und Lagerung und ein Drittel auf Landwirtschaft entfallen. Japan hat sich verpflichtet, die Reiserzeugung in Afrika innerhalb von zehn Jahren zu verdoppeln; Absichten, die Investitionen in Transport und Lagerung fortzuführen, wurden nicht erklärt.
Frauen	VERBESSERUNGSWÜRDIG	<ul style="list-style-type: none"> Japan lieferte keine Beispiele dafür, wie es in seinen Programmen der Geschlechterproblematik Rechnung tragen will.
Umweltverträglichkeit	HALBWEGS IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Nutzung natürlicher Ressourcen und Anpassung an den Klimawandel sind Themen, die sich durch die Programme der „Japan International Cooperation Agency“ (JICA) ziehen; unklar ist jedoch die Integration dieser Themen in die japanischen Ernährungssicherheitsprogramme.
Transparenz	VERBESSERUNGSWÜRDIG	<ul style="list-style-type: none"> Japan veröffentlicht nur wenig über seine Ernährungssicherheitsprogramme, blieb im ONE-Fragebogen viele Antworten schuldig und meldete keine Zahlungen an die G8. Im Hinblick auf den Indikator der „Verfügbarkeit spezifischer Informationen“ erzielte Japan einen Wert von 50 % (Rang 23 unter 30 Gebern)



GROSSBRITANNIEN

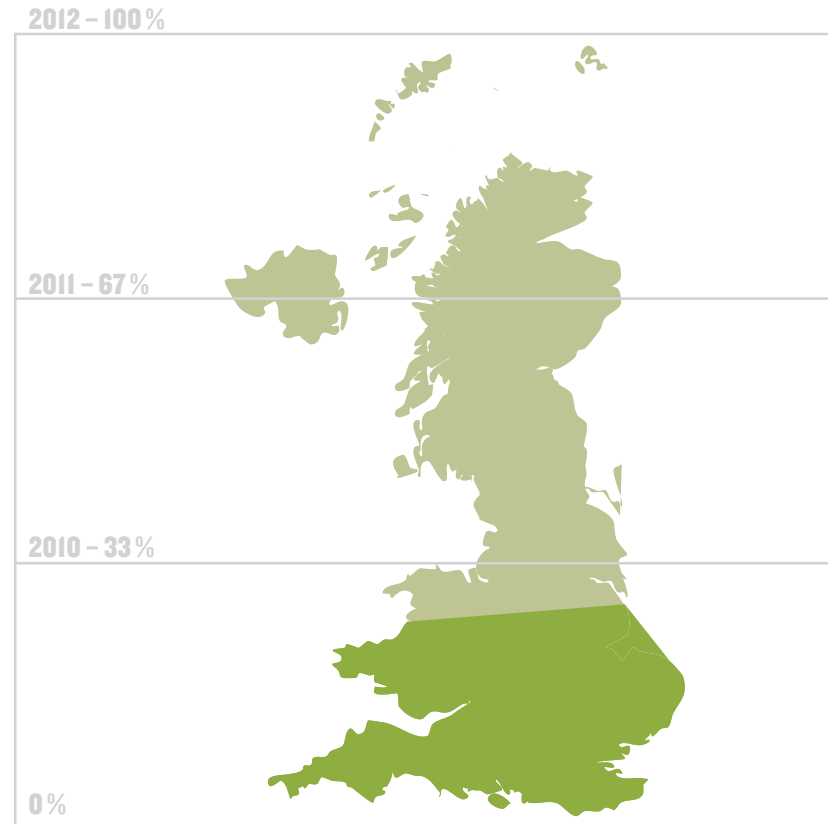
**FORTSCHRITT BEI AUSZAHLUNGEN:
VERBESSERUNGSWÜRDIG**

- **ZUSAGE:**
1,718 Mrd. US-Dollar
(in Auszahlungen) über die
Haushaltsjahre 2009/2010 bis
2011/2012
- **ZUSÄTZLICHKEIT DER ZUSAGE:**
0,312 Mrd. US-Dollar (Zuwachs von
18,4 Prozent)
- **FESTE ZUSAGE (PIPELINE):**
keine Angabe
- **BIS DATO AUSGEZAHLT:**
0,509 Mrd. US-Dollar (29,6 Prozent der
Zusage)¹⁷
- **FÜR EINHALTUNG DER ZUSAGE
ERFORDERLICHE ZAHLUNGEN:**
1,209 Milliarden US-Dollar

ZUSAGE-CHECK

**FORTSCHRITT BEI AUSZAHLUNGEN
VERBESSERUNGSWÜRDIG**

ZUSAGEZEITRAUM



GROSSBRITANNIEN

Gesamtzusage: 1,718 Milliarden US-Dollar

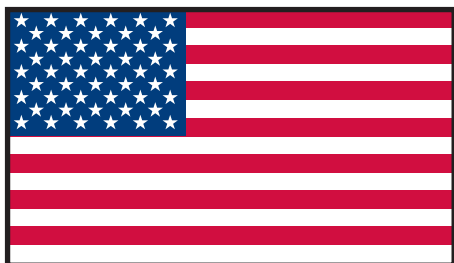
■ 1,209 Milliarden US-Dollar ausstehend

■ 0,509 Milliarden US-Dollar ausgezahlt

¹⁷⁾ Für das Haushaltsjahr 2010/2011 erwartet DFID, dass die Auszahlungen in etwa auf dem gleichen Niveau liegen wie im Haushaltsjahr 2009/2010 (0,509 Mrd. US-Dollar).

FORTSCHRITTE IM QUALITATIVEN BEREICH

VERSPRECHEN	BEWERTUNG	FORTSCHRITT
Eigenverantwortlichkeit	VERBESSERUNGS- WÜRDIG	<ul style="list-style-type: none"> • Großbritannien unterstützt finanziell den CAADP-Prozess, äußerte sich auf Anfrage von ONE aber nicht zum Umfang dieser Unterstützung. Dasselbe gilt für die Förderung von Eigenverantwortlichkeit und von Entscheidungsfindungsprozessen, die alle Interessengruppen innerhalb und außerhalb Afrikas einbeziehen. • Die „Bilateral Aid Review“ widmet sich der Evaluierung und Rücksprache mit den Länderbüros des Ministeriums für internationale Entwicklung (DFID), erläutert jedoch nicht, wie die Regierungen der Empfängerländer und andere Interessengruppen in diesen Prozess eingebunden waren.
Strategische Koordination	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> • Großbritannien unterstützt den CFS, rief gemeinsam mit der Weltbank die South Asia Food Security and Nutrition Initiative ins Leben und fördert in verschiedenen afrikanischen Regionen die Anbindung regionaler Märkte. • Großbritannien stellt 27 Prozent seiner Entwicklungsfinanzierung in Form von Budgethilfe bereit.
Ganzheitliches Konzept	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> • Großbritannien finanziert die Einschätzung und Analysen für Schwachstellen bei der Nahrungsmittelhilfe im südlichen Afrika. • Produktivität der Landwirtschaft, Risikomanagement und soziale Absicherung sind integrale Bestandteile der Ernährungssicherheitsprogramme des DFID.
Stärkung multilateraler Instrumente	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> • Über seine „Multilateral Aid Review“ ermittelt Großbritannien die Wirksamkeit der einzelnen Organisationen, die Großbritannien unterstützt, und richtet seine Unterstützung an den Ergebnissen dieser Prüfung aus. • Großbritannien leistete noch keinen Beitrag für das GAFSP. • 11 Prozent der bisherigen AFSI-Zahlungen flossen über multilaterale Kanäle.
Nachhaltiges Engagement	VERBESSERUNGS- WÜRDIG	<ul style="list-style-type: none"> • Die Ernährungssicherheit findet sich nicht unter den obersten Prioritäten des DFID. Daher wird das Engagement möglicherweise nicht weitergeführt. • Die sektorbezogenen Zahlungen Großbritanniens entsprechen der Zusage.
Frauen	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> • Eine der vier Säulen des Business Plans des DFID ist die „Schaffung von Wirtschaftsgütern für Frauen und Mädchen“ auch durch Landwirtschaft und damit verbundene Wirtschaftszweige.
Umweltverträglichkeit	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> • Konservierende Landwirtschaft und Landbewirtschaftung sind Schlüsselbereiche der bilateralen landwirtschaftlichen Arbeit. • Ein neues Forschungsprogramm befasst sich mit der Nachhaltigkeit von Ökosystemen, die mit der Produktion von Nahrungsmitteln in Zusammenhang stehen.
Transparenz	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> • Großbritannien beantwortete den ONE-Fragebogen umfassend. • Im Hinblick auf den Indikator der „Verfügbarkeit spezifischer Informationen“ erzielte Großbritannien einen Wert von 70 Prozent (Rang 9 unter 30 Gebern).



VEREINIGTE STAATEN

FORTSCHRITT GEMESSEN AN DER ZUSAGE: HALBWEGS IM SOLL

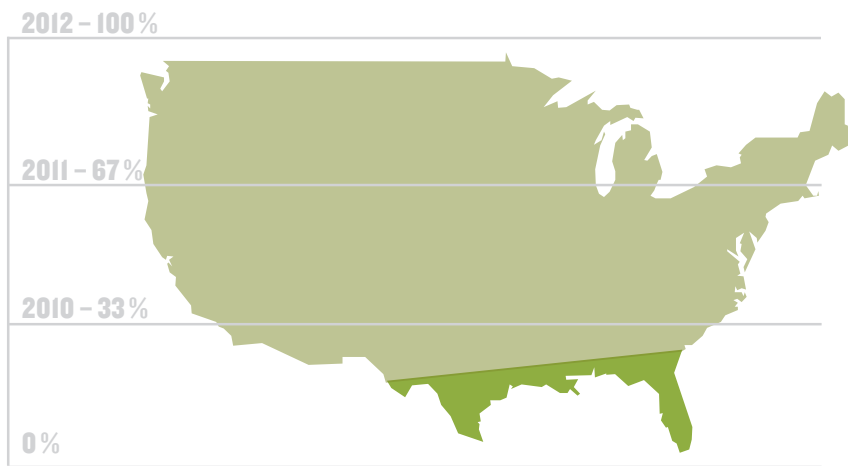
FORTSCHRITT BEI AUSZAHLUNGEN: VERBESSERUNGSWÜRDIG

- **ZUSAGE:**
3,5 Mrd. US-Dollar (in Bewilligungen) über die US-Haushaltsjahre 2010 bis 2012
- **ZUSÄTZLICHKEIT DER ZUSAGE:**
1,8 Mrd. US-Dollar (Zuwachs von 51,4 Prozent)
- **BIS DATO AUSGEZAHLT:** \$0,073 Mrd. (2,1 Prozent der Zusage)¹⁸
- **FESTE ZUSAGE (PIPELINE):**
2,04 Milliarden US-Dollar¹⁹
- **FÜR EINHALTUNG DER ZUSAGE ERFORDERLICHE ZAHLUNGEN:**
3,427 Milliarden US-Dollar²⁰

ZUSAGE-CHECK

**FORTSCHRITT BEI AUSZAHLUNGEN
VERBESSERUNGSWÜRDIG**

ZUSAGEZEITRAUM



Vereinigte Staaten

Gesamtzusage: 3,5 Milliarden US-Dollar

■ 3,427 Milliarden US-Dollar ausstehend

■ 0,073 Milliarden US-Dollar ausgezahlt

¹⁸⁾ Für die AFSI rechnen die USA nur die Gelder an, die 2010 vom Kongress bewilligt und 2010 ausgezahlt wurden. Insgesamt zahlte die USA im Haushaltsjahr 2010 \$419 Millionen für den Landwirtschaftssektor aus, von denen der Großteil in früheren Jahren bewilligt worden war

¹⁹⁾ Dies repräsentiert die Bewilligungen durch den Kongress für das Feed-The-Future-Programm im Haushaltsjahr 2010 und geschätzte Bewilligungen für 2011.

²⁰⁾ Die USA erfüllen ihre L'Aquila-Zusage, wenn für das Haushaltsjahr 2012 1,46 Mrd. US-Dollar für Feed the Future bewilligt werden.

FORTSCHRITTE IM QUALITATIVEN BEREICH

VERSPRECHEN	BEWERTUNG	FORTSCHRITT
Eigenverantwortlichkeit	HALBWEGS IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Die USA schreiben im Rahmen der Entwicklung ihres „Country Investment Plan“ keine öffentlichen Konsultationen mit den beteiligten Interessengruppen vor. Eigenverantwortlichkeit ist einer der Eckpfeiler von Feed the Future (FTF), der globalen US-Ernährungssicherheitsinitiative, die ihre Pläne für Schwerpunktländer auf CAADP-Verträge und landesspezifische Investitionsprogramme stützt.
Strategische Koordination	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Die FTF-Umsetzungspläne für Schwerpunktländer schließen die Koordination und Kommunikation mit verschiedenen Koordinierungsinstrumenten von NROs und staatlichen Gebern auf regionaler und Landesebene ein. Die USA fördert die 1000-Days-Initiative, die sich für die Ziele des UNSCN engagiert.
Ganzheitliches Konzept	VERBESSERUNGSWÜRDIG	<ul style="list-style-type: none"> Die USA gibt doppelt so viel Geld für die Nahrungsmittelhilfe wie für die Entwicklung der Landwirtschaft aus. Nur zwei von 55 Indikatoren im FTF-Überwachungs- und Evaluierungssystem (M&E) beziehen sich auf Kleinbauern. Alle sind optional. Wichtiges Ziel von FTF ist die Schaffung von Anreizen für Investitionen des Privatsektors. Dies zieht sich durch die Pläne und das M&E-System. Für die Umsetzung dieses Ziels ist das „Office of the Private Sector and Innovation“ zuständig. Auf Capacity Building beziehen sich 15 der 55 Indikatoren im M&E-System.
Stärkung multilateraler Instrumente	HALBWEGS IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Die USA machten dem GAFSP eine Zusage, sie werden bis Ende 2011 aber nur 40 Prozent dieser Zusage erfüllt haben, sofern kein Kurswechsel erfolgt. Die USA arbeiten an der Verbesserung der Wirksamkeit von CFS, CGIAR und der in Rom ansässigen Agenturen. 92 Prozent der bisherigen AFISI-Zahlungen der USA flossen über multilaterale Kanäle. Dies ist aber nur für 5 Prozent der gesamten für 2010 anstehenden Mittel geplant.
Nachhaltiges Engagement	HALBWEGS IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> FTF ist eine auf fünf Jahre angelegte Initiative. USAID hat ein „Bureau for Food Security“ eingerichtet. Die USA haben für das Haushaltsjahr 2010 Mittel für Transport und Lagerung sowie die ländliche Entwicklung angesetzt, diese aber nicht fest zugesagt.
Frauen	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> USAID verfügt über einen neuen „Gender Index and Guide“, der von allen Büros übernommen werden soll.
Umweltverträglichkeit	HALBWEGS IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Kürzlich nahmen die USA mehrere Indikatoren mit Bezug auf das Naturressourcen-Management in ihr M&E-System auf. Diese sind jedoch optional.
Transparenz	IM SOLL	<ul style="list-style-type: none"> Im Rahmen von FTF gab es erhebliche Bemühungen um mehr Transparenz, darunter die Veröffentlichung von Plänen auf Landesebene, öffentliche Konsultationen mit Interessengruppen in den USA und Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung am M&E-System. Im Hinblick auf den Indikator der „Verfügbarkeit spezifischer Informationen“ erzielten die USA einen Wert von 75 Prozent (Rang 7 unter 30 Gebern).

5: TRANSPARENZ UND RECHENSCHAFTSPFLICHT

In Zukunft müssen die Geber ihr Bekenntnis zu Transparenz und Rechenschaftslegung erneuern und im Rahmen dessen einheitliche Daten und messbare Kriterien für das Dokumentieren von Ausgaben, Ausgabekategorien, Ziele und die Wirksamkeit der Mittel definieren.

Neben den Mittelzusagen verpflichteten sich die Geber in L'Aquila nicht zuletzt auch zu mehr Transparenz und zur Rechenschaftslegung. Erstmals trafen sie klare Aussagen über die geplante Art der Realisierung ihrer Verpflichtungen, indem sie ihre Zusagen über einen festgelegten Zeitraum auf verschiedene Kategorien aufschlüsselten. Die Geber hielten ihr Versprechen, jährliche Rechenschaftsberichte zu verfassen. Die Qualität dieser Berichte ist jedoch enttäuschend. Das Fehlen einer Systematik verkompliziert in erheblichem Maß die Ermittlung des Fortschritts der Geber und die Möglichkeit der gegenseitigen Rechenschaftslegung. Eine Analyse des Charakters der Geberzusagen und des Inhalts der Berichte legt mehrere spezifische Probleme offen, die das Engagement der G8 im Hinblick auf die Rechenschaftspflicht in Frage stellen:

- 1. Die Gesamtbeträge an geleisteten Zahlungen wurden ohne Inflationsbereinigung angegeben, was die G8 erfolgreicher erscheinen lässt.**
- 2. In den Berichten der L'Aquila-Geber waren entweder Zusagen oder konkrete Zahlungen angegeben. Eigentlich hätten beide Werte angegeben sein müssen.**
- 3. Fast jeder Geber wählte für die Realisierung seiner Zusagen ein anderes Zeitfenster.**
- 4. Mehrere Geber meldeten Ausgaben aus Bereichen oder Sektoren, die in den ursprünglichen Zusagen nicht enthalten waren.**
- 5. Es ist nahezu unmöglich, die Ausgangswerte für die Zeit vor der AFSI zu ermitteln.**

Weil für die Ausgaben für Ernährungssicherheit keine Ausgangswerte aus der Zeit vor der AFSI ermittelt werden können, lässt sich nur schwer berechnen, was mit der Initiative finanziell erreicht wurde. Landwirtschafts-, Ernährungs- und Lebensmittelhilfe gelten als spezifisch für die Ernährungssicherheit und müssten in einen Ausgangswert einfließen, der dann als Vergleichswert für die AFSI-Zahlungen dienen könnte. Um den Umfang möglichst weit zu fassen, schlossen die Geber jedoch auch Transport und Lagerung, soziale Absicherung, Entwicklung des ländlichen Raums und „sonstige“ Sektoren in die Initiative ein. Diese Sektoren gelten laut DAC-Datenbank der OECD nicht als spezifisch für die Ernährungssicherheit. Für unabhängige Beobachter ist daher nicht ersichtlich, welcher Anteil der Zahlungen für einen Sektor „dem vorrangigen Zweck der Verbesserung der Ernährungssicherheit“ diene. Sie müssen aber einbezogen werden, damit Zusagen und Zahlungen unabhängig voneinander geprüft werden können.

Darüber hinaus erschweren folgende Hindernisse die Verfolgung des Fortschritts der Geber: Bei den Zusagen wird nicht zwischen Zuschüssen und Darlehen unterschieden; die multilateralen Kanäle fordern von den internationalen Organisationen keine Angabe darüber, wie sie die Mittel ausgeben bzw. sich an den Rom-Prinzipien orientieren wollen; und es gibt keine DAC-Tracking-Marker, die angeben, ob Gelder an Kleinbauern fließen. Darüber hinaus gibt es keine vereinbarten Indikatoren für die Einhaltung der Rom-Prinzipien. Das subjektiviert die Beurteilung des Fortschritts. Mit Blick auf die Zukunft müssen sich die Geber erneut zu Transparenz und Rechenschaftslegung verpflichten und im Rahmen dessen einheitliche Daten und messbare Kriterien für das Dokumentieren der Ausgaben, Ausgabekategorien, Ziele und die Wirksamkeit der Mittel definieren.

Es ist nicht möglich, (1) Ausgangswerte für die Zeit vor der AFSI zu ermitteln, und (2) den Fortschritt im Hinblick auf die qualitativen Verpflichtungen zu überwachen. Werden diese Hindernisse nicht beseitigt, ist die Zivilgesellschaft nicht in der Lage, die Arbeit der Geber zu überprüfen. Das macht die Überprüfung willkürlich und zu stark davon abhängig, dass die G8 Informationen erfasst und Berichte schreibt. Aus der Analyse der AFSI-Zusagen und ihrer Dokumentierung ergeben sich zwei wichtige Empfehlungen. Erstens sollte die G20 den DAC der OECD auffordern, gemeldete Mittelflüsse um einen Marker „Ernährungssicherheit“ zu ergänzen sowie um einen weiteren Marker, der angibt, ob Entwicklungsgelder die Schwächsten zum Ziel haben. Zweitens sollten sich die Geber auf messbare Ergebnisse und Indikatoren sowie entsprechende Ausgangswerte einigen, um den Fortschritt bei der Umsetzung der Zusagen der AFSI verfolgen zu können.

6: AUSBLICK

Die L'Aquila-Zusagen sind die ersten Schritte auf einem steilen Weg. Und kein Geber kann es sich leisten, diesen Weg nicht zu gehen.

Eine über drei Jahre angelegte Zusage, 22 Milliarden US-Dollar in die Förderung der Landwirtschaft und die Bekämpfung der Ernährungsunsicherheit fließen zu lassen, ist ein lobenswerter Akt. Dessen ungeachtet sind die Hürden für das Erreichen von Ernährungssicherheit und den Abbau der Armut höher als je zuvor. Die Nahrungsmittelpreise steigen schon wieder. Das wirft Millionen von Menschen zurück in Armut. Der Klimawandel droht die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität abzuwürgen oder sie sogar einbrechen zu lassen. Flüsse und Reservoirs trocknen aus, vom Regen abhängige Bauern sind höheren Risiken ausgesetzt. Bei Investitionen in die Bekämpfung dieser Probleme werden häufig jene übersehen, die am dringendsten Hilfe benötigen und am stärksten von ihr profitieren würden. Die schwachen Fortschritte bei der Umsetzung der L'Aquila-Zusagen lassen vermuten, dass der Wille der Geber wieder schwindet. Die L'Aquila-Zusagen sind die ersten Schritte auf einem steilen Weg. Und kein Geber kann es sich leisten, diesen Weg nicht zu gehen.

DIE WACHSENDE BEDEUTUNG DER G20

Unter dem Druck dieser beängstigenden globalen Herausforderungen beginnt eine neue Ära der Weltpolitik, die von der wachsenden Bedeutung der G20 geprägt ist. Innerhalb der G20 bietet die Development Working Group ein Forum, in dem Entwicklungsfragen diskutiert werden können sowie ermittelt werden kann, wie die G20 die Entwicklung in Ländern mit niedrigem Einkommen fördern und Probleme wie die Ernährungsunsicherheit angehen kann. Im Rahmen der G20 Development Working Group setzte Frankreich das Thema Ernährungssicherheit auf die Agenda. Zudem setzt sich Frankreich stark für die Bekämpfung der Nahrungsmittelpreisvolatilität ein, um die globale Ernährungsunsicherheit zu bekämpfen. Die Preisvolatilität ist zum Teil auf aggressive Spekulationen an den Warenmärkten zurückzuführen. Größere Transparenz und Obergrenzen für den Umfang von Warentermingeschäften mit Nahrungsmitteln würden dazu beitragen, größere Preisschwankungen zu verhindern. Dies allein wird jedoch nicht den Wandel bewirken, der sich mit Investitionen in die Landwirtschaft erreichen ließe.

Spekulationen an den Finanzmärkten sind nicht die einzige Ursache für hohe und volatile Preise. Auch andere Herausforderungen, wie der Klimawandel, die Biokraftstoffpolitik der Industriestaaten, wachsende Bevölkerungen und Wetterextreme, tragen dazu bei. Das legt nahe, dass die Verringerung der Krisenanfälligkeit besonders betroffener Bevölkerungen – unabhängig von den Krisenursachen – die wirksamste Methode zur Beseitigung der Ernährungsunsicherheit ist. Die Schwellenländer unter den G20, die Erfahrungen mit einer auf das Wachstum im Agrarsektor gestützten Entwicklung haben und selbst zu Gebern werden, stellen eine erhebliche Bereicherung bei der Verbesserung der Entwicklungszusammenarbeit im landwirtschaftlichen Bereich, bei der Stimulierung entsprechender Investitionen des privaten Sektors und beim Kompetenzaufbau dar.

ÜBER L'AQUILA HINAUS

Die Entwicklungszusammenarbeit der G8 und der anderen L'Aquila-Gebern ist nicht die einzige Quelle von Investitionen in die Landwirtschaft. Vielmehr ist sie eine von vielen Komponenten für die Realisierung von Ernährungssicherheit, Armutsbekämpfung und Wirtschaftswachstum. Investitionen kommen aus

21) Während die großen globalen Herausforderungen – Entwicklungsfragen eingeschlossen – in der Vergangenheit im Forum der G8 adressiert wurden, verschiebt sich dies zunehmend hin zu den G20. Dies spiegelt die derzeitigen Machtdynamiken und wirtschaftlichen Beziehungen besser wider. Nachdem die G20 als globaler Faktor in erster Linie durch das Management der Finanzkrise an Kontur gewann, hat sie ihren Fokus auf Fragen eines balancierten Wachstums und von Entwicklung erweitert. Die aufstrebenden Wirtschaftsmächte innerhalb der G20 – China, Brasilien, Mexiko, Südkorea, Südafrika, Indonesien und Argentinien – haben vor dem Hintergrund der Überwindung von Armut in ihren eigenen Ländern viel an Erfahrung und technischer Unterstützung beizutragen und werden zunehmend auch als Geber aktiv.

Die G8 und die G20 müssen Investitionsanreize schaffen, indem sie zunächst ihre bestehenden Verpflichtungen erfüllen und zum anderen für die richtigen politischen Bedingungen und eine adäquate Infrastruktur schaffen, um Risiken zu minimieren und Wachstum zu stimulieren.

dem privaten Sektor, von Staaten und aus innovativen Finanzierungsquellen. Die Herausforderung besteht darin, sicherzustellen, dass zum einen die Investitionen der öffentlichen Hand zusätzliche und dauerhafte Investitionen aus anderen Finanzierungsquellen stimulieren, und dass diese Investitionen zum anderen an den Prinzipien der „intelligenten Hilfe“ und der Menschenrechte ausgerichtet sind.

DER PRIVATE SEKTOR

Mehr und bessere Investitionen in die Landwirtschaft werden dringend benötigt – aber nicht alle Investitionen sind gleich. Angesichts der nachlassenden Bereitschaft von Gebern und Steuerzahlern hört man immer wieder die Forderung nach Public-private-Partnerships und Investitionen des privaten Sektors zur Realisierung von Entwicklungszielen. Die Reaktionen des privaten Sektors auf diese Forderungen materialisieren sich jedoch häufig in Landkäufen, ohne dass automatisch auch in die Fähigkeiten der Menschen investiert wird, die dieses Land nutzen. Es gilt, Tendenzen zur gewaltsamen Aneignung von Land zu verhindern, wodurch die ansässige Bevölkerung vertrieben oder gezwungen wird, unter Bedingungen zu arbeiten, die ihre Situation noch verschlechtern. Zudem schlagen Investoren Kapital aus der prognostizierten Verknappung von Rohstoffen, die sich auf die Vorhersage stützt, dass die Weltbevölkerung bis 2050 auf 9 Milliarden Menschen anwachsen wird und die Produktivität der Landwirtschaft um 70 Prozent steigen muss, wenn diese Bevölkerung ernährt werden soll. Um dieses Ziel zu erreichen, setzen Investoren auf eine industrielle Landwirtschaft, die zu Lasten der kleinbäuerlich strukturierten Landwirtschaft geht, statt diese zu ergänzen. Obwohl die kleinbäuerliche Landwirtschaft häufig produktiver als der großtechnische Anbau ist, droht der Fortschritt beim Abbau extremer Armut unter dem Druck von Investoren zunichte gemacht zu werden, wenn die Investitionen der Unterstützung kleiner Betriebe nicht förderlich sind.

INNOVATIVE FINANZIERUNG

Für Landwirtschaft und Ernährungssicherheit wird weniger ausgegeben, als für die Beseitigung von Hunger und Armut eigentlich erforderlich wäre. Daher müssen die G8 und die G20 in den kommenden Jahren innovative Finanzierungsinstrumente nutzen. Verglichen mit anderen Sektoren sind die Hürden für Investitionen des privaten Sektors in der Landwirtschaft höher,

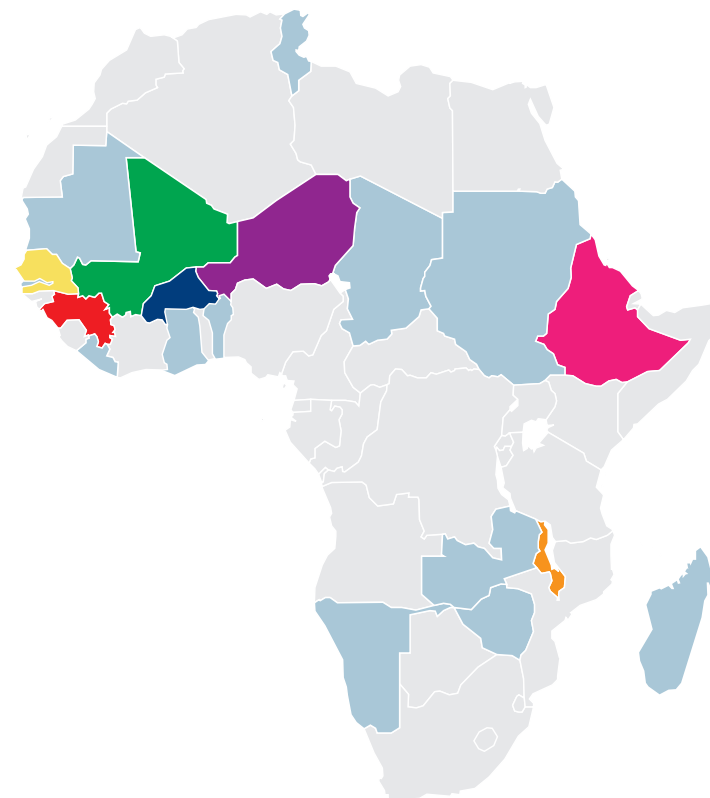
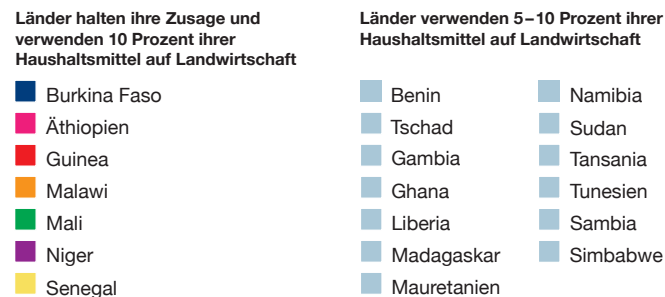
weil verschiedenartige Landschaften, eine schlechte Infrastruktur und schwache Märkte eine eher geringe Rendite erwarten lassen. Im Jahr 2000 betrug die weltweiten Forschungs- und Entwicklungsausgaben für Landwirtschaft 25 Milliarden US-Dollar. Mehr als 40 Prozent davon stammten aus privaten Quellen und die Forschung fand zu 96 Prozent in Industrieländern statt. Dieser Trend muss von der G8 und der G20 umgekehrt werden. Dazu muss der private Sektor dazu gebracht werden, in armen Ländern in Forschung und Entwicklung zu investieren. Der private Sektor hält sich bedeckt, könnte aber in Bereichen wie der Verbesserung der Verbreitung und Einführung bestehender Technologien große Fortschritte bewirken. Als Beispiele wären hier Naturschutzmaßnahmen, der richtige Einsatz von Düngemitteln, kleinflächige Bewässerung, Handhabung und Lagerung von Ernten sowie wertschöpfende Nahrungsmittelverarbeitung in abgelegenen und unterversorgten Gegenden zu nennen. Dazu müssen die G8 und die G20 aber auch Investitionsanreize schaffen, indem sie zunächst ihre bestehenden Verpflichtungen erfüllen und zum anderen für die richtigen politischen Bedingungen und eine adäquate Infrastruktur schaffen, um Risiken zu minimieren und Wachstum zu stimulieren.

STAATLICHE INVESTITIONEN

Das Comprehensive African Agriculture Development Programme (CAADP) ist eine von Afrika gelenkte Initiative zur Verbesserung der Ernährungssicherheit und zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität. Im Rahmen eines Konsultationsprozesses unter Einbeziehung der betroffenen Interessengruppen erarbeiten in dieser Initiative afrikanische Länder strategische Pläne oder Verträge. Nachdem entsprechende Beschlüsse gefasst wurden, können daraus Investitionsprogramme unter finanzieller Beteiligung von afrikanischen Regierungen und Gebern werden. 2003 verpflichteten sich die Länder der Afrikanischen Union auf dem Gipfel von Maputo, 10 Prozent ihrer Etats für die Landwirtschaft auszugeben und so ein Wachstum der Landwirtschaft von 6 Prozent pro Jahr zu erreichen. Diese als „Maputo-Verpflichtungen“ bekannt gewordenen Versprechen sind ein Rahmen, der sicherstellen soll, dass afrikanische Regierungen ihren Anteil leisten und angemessen in Landwirtschaft und Wirtschaft im ländlichen Raum investieren. Die bisherige Bilanz dieser Verpflichtungen fällt jedoch durchwachsen aus.

Im Juni 2011 unterzeichneten 25 Länder die CAADP-Verträge, aber nur 7 – Burkina Faso, Äthiopien, Guinea, Malawi, Mali, Niger und Senegal – hatten ihre Zusage eingehalten, 10 Prozent ihres Etats in die Landwirtschaft fließen zu lassen. Dennoch hat das CAADP die Sichtweise der afrikanischen Staaten auf die Entwicklung der Landwirtschaft geändert: Landwirtschaft hat wieder Priorität erhalten. In Ländern wie Malawi trug die Rückbesinnung auf die Unterstützung von Kleinbauern dazu bei, trotz des Rückgangs der Gebermittel die Nahrungsmittelpreise stabilisieren und die Versorgung verbessern zu können. Die Realisierung dieser Zusagen liegt im ureigensten Interesse der afrikanischen Länder. Durch das nachlassende Interesse der Geber droht jedoch ihr Scheitern. Nach der Bekanntgabe der L'Aquila-Zusagen gewann der CAADP-Prozess erheblich an Schwung. In Erwartung neuer Mittel entwickelten die afrikanischen Länder Programme, die auf die Ko-Finanzierung der Geber bauten. Wenn die apathische Haltung der Geber im Hinblick auf die Einhaltung der Zusagen von L'Aquila über den politischen Willen zur Beseitigung des Hungers und der Armut siegt, könnten einige afrikanische Länder wieder an Boden verlieren.

Fortschritt Afrikas bei der Umsetzung der Maputo-Verpflichtungen Durchschnittliche Ausgaben 2003 – 2009, ausgewählte Staaten



SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN

Der Fortschritt der Geber bei der Umsetzung ihrer L'Aquila-Zusagen zeigt, dass die G8-Staaten und andere wichtige Geber das Thema Landwirtschaft und Ernährungssicherheit nicht mit der gebotenen Dringlichkeit behandeln. Die nur zum Teil erfüllte Transparenz- und Rechenschaftspflicht bei der Dokumentation des bisher Erreichten bremst den Prozess eher, statt ihm Schwung zu geben. Will man die Unterstützung weiterer Geber, Empfängerländer und des privaten Sektors gewinnen, brauchen wir unverzüglich mehr politischen Willen und Zuversicht.

Der Fortschritt bei der Umsetzung der L'Aquila-Zusagen reichte nicht, um den zahlreichen gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen zu begegnen – insbesondere auch deshalb, weil es sich bei weniger als einem Drittel der Zusagen tatsächlich um zusätzliches Geld handelte. Die Realisierung von weniger als einem Viertel der Zusagen nach dem ersten Jahr des dreijährigen Zusagezeitraums kann ONE nur so werten, dass die Geber mit ihren Zusagen nicht „im Soll“ liegen. Auch wenn ein weiteres Viertel bereits „fest zugesagt“ ist, gibt es doch zu wenig Informationen darüber, wie, wann, wo und für welchen Zweck diese Mittel fließen sollen. Wie die verbleibenden 50 Prozent realisiert werden sollen, liegt noch völlig im Dunklen. Wie wollen die Geber ohne nachweisliche Fortschritte Kleinbauern davon überzeugen, dass sie ihre Zusagen einhalten werden? Fraglich ist auch, wie diese Mittel die Armen und besonders krisenanfällige Bevölkerung erreichen sollen. Einige Geber, wie die USA, haben sich in dieser Hinsicht erheblich verbessert. Für die gesamte G7 ist dies jedoch nicht erkennbar.

Rechenschaft und Transparenz sind nicht nur anzustrebende Ideale für die Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit, sondern echte Versprechen der Geber von L'Aquila gegenüber echten Menschen, die echte Not leiden – Menschen, deren Leben und Zukunft von besserer Hilfe für Landwirtschaft,

Ernährungssicherheit und Entwicklung des ländlichen Raums abhängen. Darüber hinaus waren es Versprechen, die afrikanischen Ländern und internationalen Institutionen sowie zukünftigen Partnern im privaten Sektor gegeben wurden. Werden diese Versprechen gebrochen, hätte dies verheerende Folgen. Selbst eine nur teilweise Einhaltung der Versprechen würde eine schädliche, vielleicht sogar destabilisierende Wirkung entfalten. Die L'Aquila-Geber sind zwar nicht die einzigen Verantwortlichen für die Bekämpfung der mit Ernährungsunsicherheit und Armut einhergehenden Probleme, sie sind jedoch der Dreh- und Angelpunkt für den Erfolg. Ohne Enthusiasmus bei der Erfüllung ihrer Zusagen – in finanzieller und qualitativer Hinsicht – und ohne eine langfristige Strategie zur Beseitigung der Armut können der politische Wille in den afrikanischen Ländern und die finanzielle Unterstützung aus dem privaten Sektor erlahmen.

Bei einem Blick nach vorn müssen die L'Aquila-Geber erkennen, dass die Probleme so gewaltig sind, dass sich mit 22 Milliarden US-Dollar über drei Jahre nicht viel bewegen lässt. Nahezu eine Milliarde Menschen in der Welt leidet heute Hunger. Steigende und schwankende Nahrungsmittelpreise drohen, einen Großteil der Fortschritte zunichte zu machen, die im Kampf gegen extreme Armut bisher erzielt wurden, und lassen jene am stärksten leiden, die chronisch arm und besonders anfällig für die Folgen von Nahrungsmittelpreis-, Wirtschafts- und Klimakrisen sind. Wenn die Geber, die Empfängerländer und der private Sektor diese Probleme nicht unverzüglich und umfassend angehen, wird die Zahl der Menschen mit instabiler Nahrungsversorgung nur noch steigen – um Millionen.

Eine der Prioritäten des im November in Frankreich stattfindenden G20-Gipfels wird die Eindämmung der Preisvolatilität bei Nahrungsmitteln sein. Die Bedeutung von Investitionen in Landwirtschaft und Ernährungssicherheit als Wachstumsmotor

und als Mittel, um Krisenanfälligkeit zu reduzieren, darf nicht verkannt werden. Solche Investitionen müssen neue Priorität erhalten. Die Staats- und Regierungschefs der Welt sollten die AFSI als Ausgangspunkt für unverzügliche Maßnahmen zur Gewährleistung der Nahrungsmittelsicherheit nutzen. Die 2009 gemachten Versprechen waren groß, aber nicht ausreichend. Im Rahmen einer überarbeiteten Agenda bedarf es einer kompromisslosen neuen Verpflichtung zu Investitionen in die Landwirtschaft. Sie sind der schnellste und beste Weg aus der Armut und dürfen nicht länger vernachlässigt werden. Diese überarbeitete Agenda muss erstmalig der Dynamik der globalen Kräfteverhältnisse Rechnung tragen – durch Schaffung gleichberechtigter Partnerschaften mit Schwellenländern und Empfängerländern, in deren Rahmen Entscheidungen gefällt und finanzielle Zuständigkeiten geregelt werden. Ferner müssen sich die G20-Staaten verpflichten, neue innovative Finanzierungsinstrumente für die Entwicklung der Landwirtschaft zu erschließen. Darüber hinaus müssen Transparenz und Rechenschaftslegung neu geregelt werden – mit einem umfassenden und an neue Erfordernisse angepassten System von Kennziffern für das Erfassen und Bewerten von Mitteln, Zielen, Finanzierungszwecken und Praxismaßnahmen, die einzeln verifiziert werden können und allen zugänglich sind.

Beim dem im November 2011 im französischen Cannes stattfindenden G20-Gipfel müssen die G20-Staaten folgende Verpflichtungen eingehen:

1. Umsetzung ihrer L'Aquila-Zusagen

- Unverzügliche Umsetzung der L'Aquila-Zusagen bezüglich der Qualität und Quantität der Hilfe für die landwirtschaftliche Entwicklung und Ernährungssicherheit
- Die USA müssen ihre zugesagten aber ausstehenden Mittel in Höhe von 308 Millionen US-Dollar für das Global Agriculture and Food Security Programme (GAFSP) realisieren. Andere Länder müssen zusätzliche Gelder zur Verbesserung der multilateralen Koordination der Finanzierung partnergeführter Programme für die landwirtschaftliche Entwicklung und Ernährungssicherheit bereitstellen

2. Einhegung der Preisvolatilität bei Nahrungsmitteln

- Offenlegung weiterer Informationen über Getreidereserven und Aufhebung von Ausfuhrverboten, um Preisspitzen zu verhindern und Preisschwankungen zu dämpfen

- Durchsetzung von Obergrenzen für Warentermingeschäfte mit Nahrungsmitteln an den Finanzmärkten
- Festlegung einer Meldepflicht für alle Derivate von Nahrungrohstoffen und Einrichtung einer Überwachung, damit die Daten öffentlich zugänglich werden
- Gründung einer Regulierungsbehörde wie der US Commodity Futures Trading Commission (CFTC) für Termingeschäfte im europäischen Markt und auf anderen Märkten

3. Aufbauend auf AFSI, die Einbindung weiterer Schwellenländer als Geber, Durchsetzung von mehr Transparenz und Rechenschaft sowie Zusagen bis 2015

- Schaffung gleichberechtigter Partnerschaften zwischen Gebern und Empfängern bei der Konzeption und Realisierung der auf Landwirtschaft und Ernährungssicherheit bezogenen Entwicklungszusammenarbeit
- Schwerpunktsetzung auf Investitionen in Landwirtschaft und Ernährung unter Berücksichtigung der Umweltverträglichkeit und mit Kleinbauern – insbesondere Frauen – als Zielgruppe, weil dieser Weg am schnellsten aus der Armut führt
- Gewährleistung von Investitionen in Programme, die sich mit Risikomanagement in der Landwirtschaft und sozialen Sicherheitsnetzen beschäftigen, die Last gegenwärtiger Preisspitzen reduzieren und Arme in die Lage versetzen, auch kommende Krisen besser zu überstehen
- Gewährleistung solcher Investitionen der öffentlichen Hand, die Anreize für Investitionen aus dem privaten Sektor schaffen, im Einklang mit den Rom-Prinzipien und anderen Grundsätzen für die Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit stehen sowie Gewährleistung der Nutzung innovativer Finanzierungsinstrumente

4. Verbesserung von Transparenz und Rechenschaftslegung bei der Umsetzung der Zusagen. Dazu ist Folgendes zu vereinbaren:

- Ein einheitlicher Berichtsstandard
- OECD DAC indicators to identify whether development dollars are targeted towards the most vulnerable people
- Einheitliche, eindeutige Ausgangswerte und messbare Indikatoren zur Verfolgung des Fortschritts



ONE Bericht

www.ONE.org